

# Der Grundstein.

Offizielles Wochenblatt für die deutschen Maurer und verw. Berufsgenossen.

Obligatorisches Organ für die Mitglieder des Central-Verbandes der Maurer Deutschlands, der Stukkateure und verwandten Berufsgenossen,

sowie der

Central-Frankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“.

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.  
Abonnementsspreis pro Quartal M. 1 (ohne Beigefügtes),  
bei Ausfertigung unter Kreuzband M. 1,40.

Herausgeber: Johann Stünker,  
verantwortlicher Redakteur: Fritz Baesom, Reihe in Hamburg.  
Redaktion und Expedition:  
Hamburg-St. Georg, Bremerstraße 11, 1. Etage.

Anzeigen  
für die viergeschossige Peitzsche oder deren Raum 80 A.  
Postkatalog Nr. 8984.

Inhalt: Noch etwas über Religion und Arbeiterbewegung. — Kritik — Rundschau. — Evangelisches. — Lohnbewegungen und Streiks. — Aus unserer Bewegung. — Literarisches. — Briefkasten.

Unterstützungen gewähren, dann laufen uns die Mitglieder davon.“ Schließlich erklärte eine bedeutende Majorität des Kongresses sich für ein Zusammengehen mit den sozialdemokratischen Gewerkschaften. Dass es sich dabei um die Frage der Neutralität handelte, ist nebensächlich. Die Mehrheit jenes Kongresses befürwortet das Streben nach Befreiung von pfäffischer Vorherrschaft.

Das ist der Klerus schwer in die Falle gefahren, und die Antwort darauf ist das Hirtenbriefe des preußischen Episkopats.

Die rechtsliberale „Kölner Zeitung“ bezeichnet diese Kundgebung als ein „klusus ultramontanistischer Herrschaftsucht“ und bemerkt u. a.: „Auch dieses blödliche Schreiben ist ein klarer Beweis dafür, welches die Grundlagen der ultramontan-sozialen Wirklichkeit sind: sie ist unternommen, der Volk gehörig, nicht dem eigenen Christum, um dem inneren Wohl in den oberen Klassen in der Vollmächtigkeit der unteren Volksklassen ein Gegengewicht zu schaffen; ihr Endziel ist nicht wahre Hebung des Wohlstandes dieser Klasse, sondern Festigung der Herrschaft des ultramontan-hierarchischen Systems über die Klerik und wölflich auch die Laien; darum muss sie aufgegriffen werden in strengster Unterordnung unter das System des Ultramontanismus in Bezug auf gegen seine Arme, den Klerus, mit einer nur bedeckten, stets kontrollierten Macht des Patentes.“

In völiger Übereinstimmung mit unseren früheren Ausführungen schreibt die „Frankfurter Zeitung“:

„Das alte Wort: „Und sie bewegt sich doch“, hat sich auch an den christlichen Gewerkschaften bewahrt. In relativ kurzer Zeit haben diese Organisationen eine große innere Umwandlung erfahren. Das älteste deutsche christliche Gewerkschaft besteht kaum sechs Jahre, und doch bewegen sich Arbeitervereine heute schon gutentwöhnt anders aus, als Dienstleister wollen, die sie gründeten. Der Klerus und auch Fabrikanten haben die christlichen Gewerkschaften in's Leben gerufen und ihnen ein Programm gegeben, dessen Geschäftspolitik etwa folgend ist: Wir sind christlich und bekämpfen die Sozialdemokratie, eingeklammert die sozialdemokratischen Gewerkschaften, ein Zusammengang mit ihnen ist jederzeit ausgeschlossen; wir sind keine Kampfverein und wollen stets nur friedliche Erfolge erlangen; und da wir die werbende Kraft des Christentums für uns haben, brauchen wir andere Mittel nicht, erheben wir nur geringe Beiträge. So haben die christlichen Gewerkschaften ein paar Jahre fortgewusst, sind nicht selber ihren anders geführten Arbeitskollegen in den Rücken gefallen und dann natürlich bei diesen ein Gegenstand des Hasses und Spottes geworden. Wie hat sich das nun geändert!“

Nachdem auf die erwähnten Verhandlungen des Kongresses der christlichen Gewerkschaften in Frankfurt hingewiesen worden, heißt es:

„Sicher ist, dass, wenn Unternehmer christliche Arbeitervereine gründen helfen, dabei oft das Gedanke misspielt, durch diese Organisation der Arbeiter in vor anderen Organisationen abzuhalten, die entschiedener in der Verfechtung der Arbeiterinteressen sind. Auch ergibt es sich ganz von selbst, dass der Unternehmer und Geistlichkeit Hand in Hand gehen. Hatten denn das Streben, die Arbeiter nicht also „begeistert“ werden zu lassen, so war die Geistlichkeit hemmt, die Arbeiter ihrem Glauben und ihrer politischen Partei zu erhalten. Besonders das Zentrum, das ja seine Arbeiter als schmiedendes Publikum so nötig hat, musste da eilige Anstrengungen machen. Und diese weltlichen, allzuweltlichen und geistlichen Interessen liegen fast ganz vorsichtig vereinigt in der Gründung christlicher Gewerkschaften, wo Fabrikanten und Geistliche, direkt oder indirekt, einen maßgebenden Einfluss hatten.“ So entstanden diese Arbeitervereine, und es ist recht interessant, dass sie erst auftauchten, als nach Aufhebung des Sozialstaatengesetzes die Werbepolitik der sozialdemokratischen Gewerkschaften wieder anging an wadens. Vorher, wo die Arbeiter Hilfe wirklich nötig gehabt hätten, hat sich kein Aufstieg um sie gekämpft, weil sie gekämpft waren. Einige wenige Fabrikanten oder Geistliche.“

Aber nicht jede Rechnung geht ohne Rest auf, und das hatten die Protestoren der christlichen Gewerkschaften kaum erwartet, dass sie ihnen eines Tages über den Kopf wachsen und Ihnen machen würden, auf die eigenen Füße sich zu stellen. Über es geschah — „sie bewegt sich doch“. „Die sozialdemokratischen Gewerkschaften sind schon frei, die anderen müssen es erst werden. Und das ist schwerer, als Manche glauben. Aber das dürfte doch sicher sein, dass auch die in christlichen Gewerkschaften organisierten Arbeiter eins frei sein werden, d. h. ihre ureigensten Angelegenheiten selbst in die

Hand nehmen und niemandem gestatten werden, da drein zu reden, sei es Unternehmer, Geistlicher oder sonst wer. So muss es kommen, denn die harten Thalassen sind schließlich doch stärker als der Hirtenfang preußischer Bischöfe.“

Wir wollen hieran eine Betrachtung knüpfen über die neue Religion, die dem Volk der Arbeit erstanden ist.

„Nun aber bleibt Glaube, Hoffnung, Liebe, diese drei; aber die Liebe ist die größte unter ihnen“, schreibt bekanntlich das Hohelied auf die Liebe im ersten Paulusbrief an die Korinther, und das Christenthum nennt sich demgemäß „die Religion der Liebe“. — Im Lichte der sozialistischen Geschichtsauffassung gelangen wir zu einem besseren Verständnis und richtigiger kulturhistorischer Würdigung der christlichen Religion, als der ungemein seichte Aufklärungsliberalismus. Wir wissen, dass das Urchristenthum aus den proletarischen Schichten jener Zeit hervorgeprossen ist, dass es die Religion des jüdischen Proletariats war, wie z. B. mehrere Jahrhunderte früher die Philosophie des Cyniker (wie sich späterhin zum Stoizismus entwickelte) die „Philosophie des griechischen Proletariats“. Selbstredend nicht des Proletariats im Sinne moderner Lohnarbeiter, aber eben so wenig im Sinne des „Lumpenproletariats“ (wie bisweilen behauptet wird), sondern im Sinne der Armen, Betteljungen, Geringelbemittelten, der „Müheligen und Beladenen“, von harter Not- und schweren Sorgen bedrückten, die bei aller Arbeitslust nur eine kümmerliche Existenz finden konnten. (Dass ihm auch Lumpenproletarier auftraten, ist freilich nicht ausgeschlossen und natürlich.) Ihnen war die Erde nichts Anderes, als ein „Jammertal“, da Ihnen in jener Periode jede Aussicht auf Besserung durch eigene Kraft wie durch hilflose Hülfe verprasst war; beständig nichts verlehrter darum, als eine geringschätige Konfrontierung dieser trübseligen Pluffajung mit dem lebens- und genussfrischen Hellenismus. — Wo für eine gedrückte Schicht oder Klasse alle materiellen Wege zum Besserwerden verammelt sind, alle äußerlichen Mittel versagen, sucht die Trost und Erhebung im Innern. Glaube, Hoffnung und Liebe war das innerliche Dreigestirn, womit die Christus-religion den nächtlichen Himmel des Proletariats erleuchtete, entsprechend der psychologischen Trias: Denken, Fühlen, Wollen. Wer möchte leugnen, dass Jahrhunderte lang der Geist der Massen an jenen Glaubenslehren als an einen Schatz von Popularwissenschaft sich erquiekte, dass die Hoffnung ihre Seelen erwärme und die Liebe viele Herzen befligte und manche guten Werke zeigte, Hunger stillte, Thränen trocknete, Leiden linderte und selbst nicht wenig heilfame Einrichtungen zu Seiten der Notleidenden in's Leben rief.

Diese Wirkungen der Christusreligion kommen nicht auf Rechnung des hierarchischen Regiments. Dieselbe hat sich um die Menschheit nicht verdient gemacht; es hat mitgeholfen, oder theilweise direkt bewirkt, dass das arbeitende Volk in trostlose soziale Lage herabgedrückt wurde. Und stets ist Mutter Kirche bemüht gewesen, ein Aufsteigen der unterdrückten Massen zu Freiheit und wirtschaftlicher Wohlfahrt zu verhindern. Die Folgen zeigten sich in gelegentlichen gewalttamen Beizweiflungskämpfen dieser Massen.

Das moderne Proletariat ist, dank der ökonomischen und politischen Entwicklung, in einer anderen Lage. Ihm ist die Perspektive auf Besserung und Befreiung verschlossen. Durch eigene Kraft. Ein anderes Dreigestirn leuchtet darum an seinem Horizont. Statt der Stabilität des Glaubens das kritische Wissen. Statt der passiven Hoffnung die That, der Klassenkampf. Statt der sentimentalität der Liebe, die aktionskräftige Solidarität. — Die Drei stehen in engem Zusammenhang, wie Stamm, Blüte und

**Frucht.** Wissen: Das klassenbewußte Proletariat hat erkannt, daß der Klassenstaat seine historische Mission erfüllt hat und überflüssig und gemeinhin lächerlich geworden ist; daß die heutigen Produktivkräfte und Produktionsmittel eine klassenlose Gesellschaft ermöglichen und erfordern, die keine Not und keine Unterdrückung kennt; daß es ferner schon jetzt seine Lage ganz erheblich verbessern kann durch engen Zusammenschluß mit seinen Klassengenossen und energisches Eintreten für eine Reihe von Forderungen, die erfüllt werden können, ohne daß Produktion und Kulturrentwicklung Schaden leiden, vielmehr zu ihrer kräftigen Förderung; es hat endlich erkannt, daß der Klassenkampf allein es zum Biele führen kann. Demgemäß hat es sich von allen illusorischen Hoffnungen losgesagt. Nichts kostet es vom Himmel, nichts vom guten Willen der Unternehmer oder der Regierungen, nichts von der Kirche, nichts vom christlichen oder nationalen Sozialismus, nichts von wohlmeinenden Eltern, sondern hat sich aufgerafft, „ernannt“, zum tapferen, vor keinen Verfolgungen, Maßregelungen, Drohungen, vor keinen sozialen Leidern zurückzuschreiten. **Klassenkampf**, den es mit einer Bravour kämpft, die von keiner Armee in Völkerkriegen jemals übertragen ward. Es hat aber auch erkannt, daß dieser Kampf allein zum Sieg führt durch die Solidarität, das lebendige Erfüllt und Durchdringensein von dem Bewußtsein der Zusammengehörigkeit und Interessengemeinschaft der Proletarien aller Länder. Wie könnte das Proletariat seine Rechte erobern, wenn es nicht durchdringen wäre von dem Entschluß: „Alle für einen, einer für Alle!“, wenn, dem im Feuer des Kampfes Stehenden die eigenen Berufs- und Klassengenossen als Streitbrecher in den Rücken fallen und dem Feind, dem Kapital, den Sieg zuwenden? Dem Feind, nicht nur Derer, die im Kampfe stehen, sondern ihrem, der Streitbrecher, eigenem Feind. Denn wenn auch die Unternehmer, so lange sie bedrängt sind, ihnen noch so freundlich um den Bart gehorchen, und noch so gute Löhne verwilligen — sobald der Kampf vorbei und sie als Sieger triumphieren, blasen sie aus einem ganz anderen Horn; die Liebenswürdigkeit weicht dem Rast- und Hartklimm, die Löhne sinken rapid auf den Tiepunkt der elendesten Hungerlöhn. Wie verblödet, kurzstichtig, eisfältig und wie schamvoll dabei ist darum das verächtliche Metier der Streitbrecher! Sie lieben hungen und darben, als an den kämpfenden Klassengenossen, an der Solidarität zum Verräther werben! Das muß die Lösung jedes ehrenvoll gesintneten, ehrenhaft fühlenden Arbeiters sein!

Das urchristliche Proletariat hatte die Religion der Liebe, die ihm die Nacht der Zeiten düstrig erschien. Das moderne Proletariat hat die Religion der Solidarität, die als Morgenröthe in der Dämmerung strahlt, die dem Tag des Sozialismus vorangeht. Und wie von der Liebe, so gilt auch von ihr das gewichtige Wort des Paulus: „Sie stellt sich nicht ungebärdig, sie sucht nicht das Ihre, sie verträgt Alles, sie duldet Alles.“

### Streit-Statistiken.

#### III.

Die Statistik des Maurerverbands weist für 1899 insgesamt 202 Streits im Berufe auf. Darauf waren befehligt 29 891 Personen. Die Ausstände dauerten zusammen 7085 Wochen und erforderten eine Gesamtausgabe von M. 489 625,85; hierin nicht beigezogen sind die Aufwendungen, die von den sozialorganisierten Kollegen in Berlin und Halle, die sich mit unseren Verbandskollegen im Auslande befanden, gemacht worden sind. Mit gerechnet ist dagegen ein Streit der Steinärbeiter in Gommern, weil die Streitenden Mitglieder des Maurerverbands sind. Die Zahl der Ausständigen betrug in diesem Falle 943, die Streitbauer 61/2 Wochen und die Kosten M. 49 180,55.

Von den 202 Ausständen waren 105 Abwehrstreits- und 97 Angriffsstreits, und bei beiden Arten kamen Gruppen- und Einzelfreits (Sperren) vor. An den Abwehrstreits waren 11 711 Personen zusammen 205 Wochen befehligt; die Kosten beliefen sich auf M. 129 657,03. In 70 Fällen endeten die Kämpfe mit „Volltreu“ und in 6 Fällen mit „ihewilej em“. Erfolg für die Ausständigen; 26 Streits blieben erfolglos und in 4 Fällen wurde das Resultat nicht ermittelt. 7 Abwehrstreits waren keine Streits im richtigen Sinne des Wortes, sondern es waren Auspferungen, von den Unternehmern vorgenommen, um die Anerkennung der von ihnen festgelegten Lohnbedingungen zu erzwingen; und zwar betrafen 6 Auspferungen die Allgemeinität oder doch die große Zahl der Maurer in den betreffenden Orten, während die Auspferung in einem Falle nur von einem Unternehmer ausging. Von diesem Amt wurden 11 Maurer betroffen. Nachdem der Unternehmer 87 Tage gesetzlich hatte, mußte er kapitulieren. Von den 6 Gruppenauspferungen wurden 8686 Maurer betroffen; die Ausstandsdauer erreichte auf 182 Tage, die Gesamtausgabe der Arbeitszeit betrug M. 85 839, der das Arbeitslohn M. 427 869. In 8 Fällen wurden die Unternehmer glänzend durchgeschlagen, und sie mußten auch erhebliche Bußen zahlen in Gestalt von Lohnabzugungen; in 2 Fällen blieb es beim Alten, d. h. die Unternehmer erreichten ihren Zweck nicht, und in einem Falle mußten unsere Kollegen einige Verpflichtungen der Arbeitsbedingungen

in den Kauf nehmen. Ein allgemeiner Streit mußte von 148 Kollegen unternommen werden, weil sie von den Unternehmern gebeten werden sollten, aus der Organisation auszutreten; der Ausstand dauerte 453 Tage (er hatte 1898 begonnen) und endete leider nur mit teilweise Erfolge. Schließlich war der Ausgang eines anderen allgemeinen Streits, der geführt wurde, um sich gegen die von den Unternehmern geforderte Verlängerung der Arbeitszeit zu wehren; es waren befehligt 182 Kollegen, der Ausstand dauerte 100 Tage. Ein dritter allgemeiner Abwehrstreit, geführt, um eine Lohnreduzierung zu verhindern, endete mit vollstem Erfolge.

Die übrigen Abwehrstreits charakterisieren sich als Sperren, befehligt über die Bauten einzelner Unternehmer. In 42 Fällen, davon 31 erfolgreich, 9 ohne Erfolg und 2 unbekannt, handelte es sich um Zurückweisung von Maßregelung einzelner Kollegen. Die Dauer der Sperren belief sich auf 288 Tage, 1441 Kollegen waren befehligt. 44 Sperren wurden befehligt wegen Lohnreduzierung, Durchdringung der allgemein üblichen Arbeitsbedingungen, Widerbruch u. d. Diese Kämpfe endeten in 28 Fällen mit vollem und in 2 Fällen, mit teilweise Erfolge der Streitenden; 2 Fälle blieben unbekannt, in den übrigen Fällen triumphierten die Unternehmer. Befehligt waren 964 Kollegen, die Sperren dauerten 300 Tage. Bei 9 Unternehmern fand es wegen schlechter Behandlung zu Sperren, die in 6 Fällen zu Gunsten der Arbeiter und in 3 Fällen zu Gunsten der Unternehmer befehligt wurden. An diesen Sperren, die 18 Tage dauerten, waren 260 Kollegen beteiligt.

Infolge der Abwehrstreits gingen 103 991 Arbeitsstage und M. 505 530 Arbeitswochen verloren. Etwa ½ davon hat das Unternehmen durch die Auspferungen verhindert.

Von den 97 Angriffsstreits charakterisieren sich 71 als allgemeine oder Gruppenstreits, während es sich in den übrigen Fällen um Sperren handelt. Im Ganzen waren befehligt 17 680 Personen. Die Dauer der Streits betrug 2529 Tage. Mit vollem Erfolg wurden 49 und mit „ihewilej em“ 15 Fälle. Erfolg 31 Ausstände befehligt. In 16 Fällen endete der Kampf ohne Erfolg für die Streitenden und in einem Falle wurde das Resultat nicht mitgetheilt. Bei den allgemeinen Streits handelte es sich in 34 Fällen nur um Lohnreduzierung, die 15 mal mit vollem Erfolg durchgesetzt wurden; in 16 Fällen mussten sich die Kollegen mit teilweisen Erfolgen zufrieden geben und in 3 Orten konnten die Unternehmer die Angriffe siegreich abstoßen. Befehligt waren an diesen Kämpfen 8936 Maurer, die Streitbauer belief sich auf 1899 Tage. Durch 36 weitere allgemeine Streits sollten Lohnherabsetzung und Verkürzung der Arbeitszeit erkämpft werden. Es gelang dies in 15 Fällen mit vollem Erfolg und in 15 Fällen mit teilweisen Erfolgen, während die Unternehmer 6 mal den Sieg davon trugen. Die Streitbauer war bedeutend länger als in den ersten 34 Fällen, sie betrug 2138 Tage, Personen waren etwas weniger: 7943 befehligt. Ein weiterer Gruppenstreit ist noch verzeichnet, der 5 Tage dauerte und hat an dem 318 Kollegen befehligt waren. In diesem Falle stellten die Maurer aus Sympathie mit den Zimmerern. Der Ausstand verlief erfolgreich für die Streitenden.

Bei den Sperren handelt es sich in 4 Fällen um Erhöhung des Stundenlohnes, viermal um Erhöhung des Altordnungslohn, dreimal um Abschaffung des Altordnungslohn, sechsmal um Einführung der wöchentlichen Lohnzahlungen, dreimal um Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Zimmermeier resp. Baustellensäuberer und 6 Sperren hatten verschiedene Ursachen. Von den 26 Sperren verloren 20 zu Gunsten der Arbeiter, und zwar mit vollem Erfolg. Verloren gingen 2 Sperren, wo Abschaffung der Altordnungslohn verlangt wurde, und 4, denen verschieden Ursachen zu Grunde lagen. Die Dauer der Sperren belief sich auf 84 Tage, befehligt waren 1488 Kollegen.

Die Angriffsstreits brachten einen Ausfall von 169 611 Arbeitstagen und M. 701 729 Arbeitswochen.

Wenn man vergleiche anstatt zwischen Abwehr- und Angriffsstreits, so fällt auf den ersten Blick auf, daß die Zahl der Abwehrstreits größer ist als die der Angriffsstreits. Dies ist eine auffällige Erstecheinung. Rechnet man doch immer damit, daß die Unternehmer in der Regel nur dann zum Angriff übergehen, wenn die Konjunktur sich im Niedergang befindet. Im Jahre 1899 stand aber die Bauhälftigkeit, soweit das gesamte Deutschland in Frage kommt, im höchsten Flor. Bei näherem Zuhören finden wir denn auch, daß die Zahl 105, die für Abwehrstreits angegeben ist, als Merkmal des Niedergangs nicht in Betracht kommen kann. Abgesehen von den 6 allgemeinen Auspferungen mit 8686 Ausgelperrern, von denen die Mehrzahl auf Berlin und Umgegend entfiel, haben wir es nur noch mit 8 allgemeinen Abwehrstreits zu thun, während wir allgemeine Angriffsstreits 71 zu bezeichnen haben. Die Sperren sind ja zweckmäßig bedeutungslos, aber zum Vergleich über Abwehr- und Angriffsstreits sind die Zahlen doch nicht gut heranzuziehen. An den allgemeinen Abwehrstreits (inst. der Auspferungen) waren 9045 Personen beteiligt; die Ausstände betragen 741 Tage. Mit vollem Erfolg endeten 4 (4,45 p3t), mit teilweisen Erfolge 4 (4,45 p3t) und erfolglos 1 (11 p3t). An den 71 Angriffsstreits waren 17 192 Personen befehligt. Die Ausstände dauerten 3442 Tage. Mit vollem Erfolg endeten 81 (4,83 p3t), mit teilweisen Erfolge 81 (4,83 p3t), und ohne Erfolg 9 (0,83 p3t). Die Prozentverhältnisse sind also ziemlich gleich bei den Abwehr- und Angriffsstreits.

Die Statistik gibt auch die Zahl der Strafanfälle und die Art der Verhafungen und Strafshöhen an, die aus den Streits resultierten. Es wurden 118 Personen in 104 Fällen verhaftet, insgesamt mit 18 Jahren 8 Monaten 8 Wochen und 5 Tagen Gefängnis und M. 803 Geldstrafe. Im Betracht kommen 28 Orte. Den Rekord in der Zahl der Anklagen mit 88 Fällen und ebensoviel Personen hat Dresden erreicht, dann folgt Bützow mit 11 Fällen und 13 Personen und weiter Berlin mit 8 Fällen und Personen. Die schwerste Strafe wurde in Minden ausgesprochen: In einem Falle wurden 4 Personen zusammen zu 2 Jahren 3 Monaten und 2 Wochen Gefängnis verurtheilt.

Die Gesamtkosten der Ausstände im Berufe von M. 489 625,85 wurden mit M. 435 244,47 aus der Verbandskasse geleistet; das sind rund 89 p3t. Weitere M. 47 818,42 (9,65 p3t) wurden durch Beiträge der in den Streitorten zu den neuen Bedingungen arbeitenden Kollegen ausgebracht, und die Reste von M. 6562,66 (0,85 p3t) stieben andere Gewerkschaften bei.

Der Verbandsvorstand ist nicht in die Lage gekommen, bei den übrigen Gewerkschaften um Beihilfe nachzuholen zu müssen; die vorerwähnten Beiträge sind ganz ohne Zusatz des Vorstands oder der Streitteilungen geflossen. Mögten recht viele

Gewerkschaften sich baldigst zu der Stärke durchringen, daß sie ihre notwendigen Streits aus eigenen Mitteln zu führen in der Lage sind.

### Kundjau.

\* **Die Altbörsche Streitverordnung in richterlicher Bedeutung.** Als im vorigen Jahre der Reichstag das Buchhausgesetz der Reichsregierung eingefordert hatte, glaubte die Regierung der „freien“ und Hansestadt Lübeck sich berechtigt, für das von ihr „beherrschte“ Gebiet ein eigenes Buchhausgesetz erlassen zu können. Die Gewaltübertragung dieses Bundesstaates, der Lübecker Senat, erließ eine Verordnung, nach welcher das Streitpotenzial bei Strafe verboten wurde. Die Reichsregierung widersetzte diese Verordnung, weil mit dem Reichsgesetz in Widerbruch stand, allgemein beweist. Bei einer Juristensitzung im Reichstag, die sich mit dieser Angelegenheit beschäftigte, stellte sich zwar die Reichsregierung den Zwecken nicht an, aber sie stellte durch den Staatssekretär Niebergang erklärend, daß sie die Sache der Gerichte sei, festzustellen, ob durch diese Verordnung Reichsrecht verletzt sei.

Das „Hamburger Echo“ forderte gleich nach Erlass der Verordnung die Lübecker Arbeiterschaft auf, sich dem Unrecht nicht zu hingen, der Verordnung Trox zu trotzen, um gerichtliche Entscheidung herbeizuführen. Sie würde die Ungerichtigkeit verhindern, wollte sie ihr sich fügen.

Wegen dieser Mahnung erhielt der verantwortliche Redakteur dieses Blattes, Reichstagsabgeordneter Molkenbuhr, von der Hamburger Staatsanwaltschaft Anklage auf Grund § 110 des Strafgesetzbuches. Es wird da mit Geldstrafe bis zu M. 600 oder Gefängnisstrafe bis zu einem Jahr bedroht, „wer zum Ungehorsam gegen ein Gesetz oder rechts ungültige Verordnungen aufoffert.“

Die in Brandenburg a. d. H. eröffnete sozialdemokratische Zeitung drückte die intrinierte Anerkennung des „Echo“ ab und zog sich deshalb ebenfalls eine Anklage zu.

Das Brandenburger Amtsgericht aber hat die Eröffnung des Hauptbeschuldigten abgelehnt und diesen Beschluss, wie folgt, begründet:

„Eine nach § 111 Str.-G.-V. strafbare Handlung ist nur dann vorhanden, wenn das im § 110 bezeichnete Gesetz (die Verordnung oder Anordnung) objektiv rechts ungültig erlassen ist. In diesem Falle fehlt es im vorliegenden Falle. Die Lübecker Verordnung, der, das Verbot des Streitpotenzials vom 24. April 1900, ist im Widerspruch mit Artikel 2 der Reichsverfassung und § 2 G.-G. zum Str.-G.-V. erlassen. Sie greift in die Materie der gewerblichen Koalitionsfreiheit ein, welche die Reichsgebetzung durch §§ 152–153 der Reichs-Gewerbe-Ordnung in ihren Bereich gezogen hat. Das Streitpotenzial ist eines der Mittel, welche von den gewerblichen Arbeitern gebraucht werden, um günstigere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erwirken. Die Fassung und der Geist des § 153 Gewerbe-Ordnung zeigen aber deutlich, daß sich die Reichsgebetzung dieser Materie im weitesten Umfang hat bemächtigen wollen. (Vergl. von Büsing in der „D. Jur. Blg.“ 1900 Nr. 14 S. 310 a. G.)“

Ein weiterer Gruppenstreit ist noch verzeichnet, der 5 Tage dauerte und hat an dem 318 Kollegen befehligt waren. In diesem Falle stellten die Maurer aus Sympathie mit den Zimmerern. Der Ausstand verlief erfolgreich für die Streitenden.

Ein Verbot und eine Bestrafung des Streitpotenzials stehtens können also derzeit nur im Wege der Reichsgebetzung erlassen werden, soweit sie sich auf gewerbliche Arbeiter beziehen sollen.

Hieraus folgt die Ungültigkeit der Lübecker Verordnung vom 24. April 1900 und weiter die Unanwendbarkeit des § 111 Str.-G.-V. auf den vorliegenden Sachverhalt.“

Die Verhandlung gegen den Redakteur des „Hamburger Echo“ fand am Montag, den 15. d. M., vor der Staatsanwaltschaft des Hamburger Landgerichts statt. Der Staatsanwalt suchte die Rechtsungültigkeit der Verordnung dadurch zu beweisen, daß er ihr den Charakter einer einfachen Strafverordnung gab. Er beantragte die Verurtheilung des Angeklagten zu einer Geldstrafe von M. 100 ebenfalls zehn Tagen Gefängnis. Seitens des Angeklagten und seines Vertheidigers wurde die Gültigkeit des Staatsanwalts entschieden befämpft, sich dabei hauptsächlich auf die Reichstagsverhandlung vom 11. Juni d. J. und auf die Buchhausvorlage, namentlich deren § 4, beruhend. Die Vertheidigung beantragte Freisprechung. Das Gericht setzte die Urteilsverkündung aus.

Wir werden in unserer nächsten Nummer auf die Sache zurückkommen.

\* **Aus dem Lager der „Christlichen“.** Die gut christlichen Fabrikanten in Bergkorb l. W. haben fürstlich in sämmtlichen dortigen Fabriken folgende Bekanntmachung aufzugeben lassen: „Um die Rechtsungültigkeit der Verordnung dadurch zu beweisen, daß er ihr den Charakter einer einfachen Strafverordnung gab. Er beantragte die Verurtheilung des Angeklagten zu einer Geldstrafe von M. 100 ebenfalls zehn Tagen Gefängnis. Seitens des Angeklagten und seines Vertheidigers wurde die Gültigkeit des Staatsanwalts entschieden befämpft, sich dabei hauptsächlich auf die Reichstagsverhandlung vom 11. Juni d. J. und auf die Buchhausvorlage, namentlich deren § 4, beruhend. Die Vertheidigung beantragte Freisprechung. Das Gericht setzte die Urteilsverkündung aus.“

Wir werden in unserer nächsten Nummer auf die Sache zurückkommen.

\* **Aus dem Lager der „Christlichen“.** Die gut christlichen Fabrikanten in Bergkorb l. W. haben fürstlich in sämmtlichen dortigen Fabriken folgende Bekanntmachung aufzugeben lassen: „Um die Rechtsungültigkeit der Verordnung dadurch zu beweisen, daß er ihr den Charakter einer einfachen Strafverordnung gab. Er beantragte die Verurtheilung des Angeklagten zu einer Geldstrafe von M. 100 ebenfalls zehn Tagen Gefängnis. Seitens des Angeklagten und seines Vertheidigers wurde die Gültigkeit des Staatsanwalts entschieden befämpft, sich dabei hauptsächlich auf die Reichstagsverhandlung vom 11. Juni d. J. und auf die Buchhausvorlage, namentlich deren § 4, beruhend. Die Vertheidigung beantragte Freisprechung. Das Gericht setzte die Urteilsverkündung aus.“

\* **Der fünfte internationale Sozialistenkongress** bat in der letzten Septemberperiode in Paris gelagert. Aus England und Irland waren 58 Delegierte anwesend, darunter zwei Frauen und acht Gewerkschaftsvertreter. Weiter waren vertreten die Genossen aus England, Dänemark, Norwegen, Schweden, Belgien, Holland, Schweiz, Österreich, Italien, Spanien, Polen, Russland, Bulgarien, Amerika und natürlich aus Frankreich selbst. Die Zahl der französischen Delegierten betrug mehrere Hundert. Sie waren sich leider in den meisten Fragen nicht einig und gaben des Deutschen Anlaß zu turbulenten Szenen.

Zur Verabredung standen folgende Punkte: 1. Ausführung der Beschlüsse der internationalen Kongresse. Ausführung und Anwendung praktischer Methoden für die internationale Versammlung, Organisation und Aktion der Arbeiter und Sozialisten. 2. Internationale Gesetzgebung befreit Vergrößerung des Arbeitstages. Diskussion über die Möglichkeit eines Mindestlohns in den verschiedenen Ländern. 3. Notwendige Bedingungen für die Verfehlung der Arbeit: a) Organisation und Verhinderung des Proletariats als Klassenpartei; b) politische und wirtschaftliche Entwicklung der Bourgeoisie; c) Vergesellschaftung der Produktionsmittel. 4. Der Völkerfriede, der Militarismus, die Befestigung der stehenden Heere. 5. Die Kolonialpolitik. 6. Organisation der künftigen Berufe.

7. Der Kampf um das allgemeine Stimmrecht und die direkte Gesetzgebung durch das Volk. 8. Der Sozialismus in den Gemeinden. 9. Die Eroberung der staatlichen Macht und die Bündnis mit bürgerlichen Parteien. 10. Der 1. Mai. 11. Die Freiheit. 12. Eventuell der Generalstreik.

Zu Punkt 1 wurde beschlossen, ein internationales Sekretariat zu errichten und zwar mit dem Sitz in Brüssel. Dasselbe soll folgende Aufgaben zu erfüllen haben: a) Zusammenstellung aller Berichten über den Gang der politischen und gewerkschaftlichen Bewegung in den einzelnen Ländern; b) Herstellung eines zu veröffentlichten Generalberichts aus diesen Einzelberichten; c) Vorbereitung des internationalen Kongresses und ihrer Tagessitzungen; d) Veröffentlichung von Manifesten bei großen Tagessitzungen, die die Interessen des Proletariats berühren. Für die Unterhaltung des internationalen Sekretariats beschloß der Kongress, die Summe von Frs. 10 000 jährlich aufzubringen. Mit dem Sekretariat sollen verbunden werden ein internationales Archiv und eine internationale Bibliothek. Weiter wurde beschlossen, ein interparlamentarisches Comité einzurichten.

Bezüglich der internationale Gesetzesgebung und Vergesetzung des Arbeitstages fand folgende Resolution Annahme: "Der Kongress erklärt, ebenso wie die früheren Kongresse, daß die Verkürzung der Arbeitszeit, sowie vom Internationalen Arbeiterkongress zu Paris 1889 beschlossen wurde, fortgesetzt der Gegenstand der unauslöschlichen Forderungen aller Arbeiter sein muß; er erklärt ferner, daß die Dauer der täglichen Arbeitszeit schriftlich werden muss durch das Gesetz auf das vorläufige Höchstmaß von acht Stunden für alle Arbeiter aller Länder und Berufe; er verpflichtet die Arbeiterorganisationen, darauf zu dringen, daß die Reform nach und nach eingeführt wird, indem das politische und geistigegelehrte Vorgehen sich mit dem der Gewerkschaften vereinigt."

Einstimmig wurde auch die Resolution, betreffend die Festsetzung eines Minimums angenommen. Sie lautet: "Der Kongress erklärt, daß ein Lohnminimum festzulegen nur dann möglich sei, wenn dies durch starke Gewerkschaften geschieht; daß eine Lohnfülle nicht allgemein und gleich für alle Länder festgesetzt werden könnte und daß sie in jedem Falle im Verhältnis stehen müsse zu dem, was auf breiterster Grundlage zur Existenz nötig sei; er verpflichtet die Arbeiter, auf die Einführung dieser Reform zu dringen und Mittel und Wege zu ihrer Erlangung zu suchen, die der wirtschaftlichen und industriellen Lage ebenso entsprechen wie der politischen und administrativen jeder Gegend; er empfiehlt in erster Linie, um zu diesem Resultat zu gelangen, daß die Staatsgewalt und die öffentlichen Verwaltungen, die das Lohnminimum einzuführen im Stande sind, hinzuwirken, daß sie direkt bei den öffentlichen Arbeiten das Lohnminimum zahlen, wie auch die Unternehmer, denen die öffentlichen Arbeiten übertragen, dazu verpflichten."

Die Freiheit des 1. Mai wird auch für die Folge als wichtigste Demonstration für den Vollständigkeitstag betrachtet.

Zum dritten Punkt: Notwendige Bedingung für die Befreiung der Arbeiter, fügt die Kommission eine Resolution vor des Inhalts, daß die Befreiung des Proletariats nicht von plötzlichen Ereignissen zu erwarten ist, sondern abhängt wird von der mehr oder minder schnellen Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise und von der mehr oder minder regen Mitarbeit des Proletariats, den Zeitpunkt des Zusammenschlusses der gegenwärtigen Staats- und Gesellschaftsverbindungen herbeizuführen. Die sehr umfangreiche Resolution wurde angenommen mit dem Zusatz vom Deutschen Sekretariat in Paris: "Die Sozialisten aller Länder werden aufgefordert, mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln dafür einzutreten, daß den Ausländern in den Ländern, in denen sie sich befinden, dieselben Koalitionsrechte zu Theil werden, wie sie die Bürger des Landes besitzen."

Eine sehr lange Debatte entspans sich alsbald über den unter 9 registrierten Punkt: "Die Eroberung der staatlichen Macht und die Bündnis mit bürgerlichen Parteien". Anlaß zu dieser Debatte, die eigentlich eine interne Angelegenheit der französischen Sozialisten war, gab der Eintritt des Sozialisten Millerand in das französische Ministerium. Von der Mehrheit der Kommission war anerkannt worden, daß der Eintritt Millerands notwendig war, um die Republik zu retten, seine Handlung sei, weil in der Stunde des Gefahrens, durchaus politisch richtig gewesen. Die Minorität wollte jedoch von Bündnissen dieser Art nichts wissen und betonte, daß Millerand mit dem Augenblick, in dem er das Ministerposteuille angenommen, nicht mehr Sozialist sein könnte, denn Niemand könne zweien Herren dienen. Schließlich wurde eine Resolution lautstark mit 29 gegen 9 Stimmen angenommen, die gegen den Eintritt eines Sozialisten in ein bürgerliches Ministerium nichts einwendet, wenn die Mehrheit der Partei den Eintritt billigt und daß er zurücktreten müßt, wenn die organisierte Partei den Rücktritt des Ministeriums für geboten erachtet.

Die Kolonialpolitik wurde in einer gehärrteten Resolution schrift verurtheilt. Ganz besonders waren es die englischen Delegirten, welche die Taktik der englischen Regierung bezüglich des Transvaalkrieges in gebührender Weise brandmarkten. Die bezügliche Resolution wurde einstimmig angenommen. Einstimmig, gelangte auch eine Resolution gegen die Weltpolitik und gegen den Militarismus zur Anahme.

Eine lange, viele Punkte umfassende Resolution fordert von den Parlamenten aller Staaten dringliche Verstärkung der seismannischen und der Arbeiter des Transportgewerbes.

Zu dem Punkt: Der Sozialismus in den Gemeinden wurde in einer Resolution ausgesprochen, daß bei voller Anerkennung der Bedeutung der allgemeinen politischen Thätigkeit es Pflicht der Sozialisten aller Länder ist, auf die Wichtigkeit der Befähigung in der Gemeindeverwaltung aufmerksam zu machen, sie zu fördern und dabei mitzuwirken. Er Erfüllung dieser Pflicht haben die Sozialisten die Kommunalisierung der öffentlichen Verkehrsmittel: Bahnanlagen, Krankenhäuser usw. zu betreiben und Musteranlagen daraus zu machen, sowohl im Interesse des allgemeinen Wohls als im Interesse in diesen Betrieben Beschäftigten. Kleine Gemeinden müssen zur Erfüllung dieser Aufgaben Verbände bilden. Das internationale Sekretariat soll die Erhebungen vermittelten.

Die Kommission, welche die Frage der Trufts zu erörtern hatte, erkannte dieselben zwar als schädlich an, soweit sie eine Verhinderung der notwendigsten Konjunkturmärkte im Interesse des Unternehmers bewirken, doch seien sie das natürliche Ergebnis der kapitalistischen Produktionsweise und könne durch

Gesetze zwar ihre Form, aber nicht ihre Thätigkeit wirksam eingeschränkt werden. Die Aufgabe des Proletariats müsse darin bestehen, seine politische und ökonomische Klassenorganisation, verstärkt durch die genossenschaftliche Thätigkeit, zu vervollkommen, um die Zeit vorzubereiten und zu befreitigen, in der die Möglichkeit der Expropriation der großen durch die Zensur organisierten Industriezweige und damit der Umwandlung der kapitalistischen in die gesellschaftliche Produktion gegeben werde. Eine in diesem Sinne gefasste Resolution fand Annahme.

Schließlich beschäftigte sich der Kongress auch mit dem Generalstreik. Was die Delegirten der verschiedenen Länder unter Generalstreik verstehten und verstanden wissen wollen, haben wir aus den Zeitungsberichten nicht herausfinden können. Die Kongressversammlung hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß die Frage des Generalstreiks so lange unbestimmt sei, als nicht starke Gewerkschaftsorganisationen vorhanden sind. Für uns ist der wirkliche Generalstreik, wie ihn auch die Franzosen — die Anregen dieser Frage — wahrscheinlich aufstellen, überhaupt nicht diskutabel. Wenn die Arbeiterchaft stark genug ist, ernsthaft an Revolution zu denken, denn nicht mehr und nicht weniger ist der Generalstreik — wenn die arbeitende Klasse stärker ist, dann wird sie nicht diskutieren, sondern betreiten. Der nächste internationale Sozialistenkongress soll 1908 in Amsterdam stattfinden.

### Baugewerblisches.

\* Fähigkeit der Bauarbeiter. Rue (Erzabg.). Beim Ausheben einer Baugruben kam es zu nahe an der Baugrubenseite liegender Bleigespalt in's Nutzen, wodurch ein Maurer fast verschüttet wurde. Dem Verunglückten wurde ein Augen gänzlich zerstört. Häute man die Baugruben ordnungsgemäß abgesetzt, so wäre das Unglück nicht passiert.

Beckum (Westfalen). Am Montag, den 8. Oktober, stürzte am Fabrikneubau der Westfälischen Maschinenfabrik Moll & Co. ein Gerüst ein. Drei Arbeiter gerieten unter die Trümmer. Beide kamen unverletzt davon, dem dritten zerstörten die eisernen Träger beide Beine. Er lebt nur noch wenige Augenblicke.

Berlin. Beim Aufwinden von Balken am Neubau des Kronprinzen- und Christianiastrasse stürzte infolge eines Bruches der Arbeiter Kordt aus dem dritten Stock herab. Der Mann, den er mit sich herabzog, durchschlug den Raum und fiel mit diesem auf ihn. Schwer verletzt wurde er beflimmunglos aus den Trümmern herausgeholt und mit einem Kopfschaden heil nach der Charité gebracht, wo er hoffnunglos darüberlegt.

Der Verunglückte erlitt einen Schädel- und Rückgratbruch und starke Durchschnitte an beiden Händen und am Gesicht. — Der Maurer Hermann Herold stürzte am Donnerstag, 11. b. M., beim Dogenbühnen aus der dritten Etage auf das 10 m tiefe stehende Schulzbach. Der Verlehrte mußte mittels Drätsche in seine Wohnung geschafft werden, wo der schnell herbeigerufenen Arzt eine starke Gehirnerschütterung feststellte.

Braunschweig. Beim Bauen legen auf einem Neubau am Almatalplatz stürzte der Zimmermann August Hösler aus der ersten Etage in den Keller, wobei er auf einen Kalkfuß aufstieg und noch von einem nachstürzenden Balken in den Rücken getroffen wurde. Er erlitt schwere innere Verletzungen, so daß er nach ärztlicher Hülfestellung nach seiner Wohnung gebracht werden mußte. — Bei dem Abriss eines Gebäudes auf der Salzdahlumerstraße verunglückte am 12. Oktober der Tischler Westphal, indem die Holzstreppe zur ersten Etage durch Untippen auf ihn fiel. Nach Auslage des Arztes sind dem Westphal die Rückenmarkvenen gequetscht, außerliche Verletzungen hat derselbe nicht erhalten. Der Verunglückte wird aber auf längere Zeit arbeidsunfähig sein.

Breslau. Am 1. Oktober verunglückte auf dem Bau des Meisters Hilberg, Klosterstraße, ein Arbeiter, indem er mit der gesammelten Münze in die Tiefe stürzte. Zum Rästen war alles, von einem Abbruch herunterstehend Material verwandt worden. Der Arbeiter brach eine Lippe und erlitt bedeutende Kopfschädigungen. — Auf dem Bau der alten Börse stürzte der Maurer Anton Heymann von einer Leiter und verlor sich erheblich. Der Unternehmer heißt Menzel.

Frankfurt a. M. Am Neubau der Militärischen Seeroute in Bockenheim stürzte am 8. Oktober ein Gerüst zusammen und begrub 5. Maurer unter sich.

Groß-Bitterfeld. Auf dem Dache eines vierstöckigen Neubaus waren am Donnerstag, 11. b. M., Dacharbeiter mit dem Theorem des Daches beschäftigt. Der Arbeiter Wedler blieb auf der Straße Aufstellung genommen, um die mittels Winde herabgelassenen leeren Theorelefel zu füllen und wieder emporzuhoben. Plötzlich erhöhte von Dach der Warungskauf: "Weg da, der Kessel stürzt!" In demelben Augenblick sauste auch schon der schwerer eiserne Kessel aus einer Höhe von ca. 15 m herüber und zerstörte in furchtbarem Ausmaß dem jungen Wedler den Schädel, so daß das Gehirn weit umherprallte. Der Tod des Armetten erfolgte auf der Stelle.

Hamburg. Am 12. Oktober, Vormittags 9<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr, stürzte an dem Neubau der Prinz-Albrecht-Straße 23, einer Giebelmauer, in, wodurch drei Maurer verschüttet wurden. Als die sofort requirierte Feuerwehr anrückte, waren die Verunglückten schon bewußt. Einer ist schwer, aber nicht lebensgefährlich verletzt und hat Aufnahme im Krankenhaus gefunden, während die anderen noch Anlegung eines Verbandes; die Arbeit forsergen konnten. Die Unfallstelle wurde abgesichert. Der Unfall soll darauf zurückzuführen sein, daß an der Mauer unzulässige Ausgrabungen vorgenommen wurden.

Köln. Am 13. Oktober, Vormittags 9<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr, stürzte beim Aufstellen von Treppenstufen ein Pfostenknaggen; das aufzug hängende schwere Eisenenstahl schlug auf die schon verlegten Treppenstufen, diese und drei auf der Treppe arbeitende Männer mit in die Tiefe reißend. Einer der Verunglückten hat eine schwere Schädelverletzung zugezogen, und einer eine schwere Verletzung des rechten Arms.

Leipzig. Bei den Abschlagsarbeiten am Connewitzer Bahnhofe stieß sich am 10. Oktober plötzlich ein großes Stück Eisen von der 8 m hohen sandigen Erdwand los und verschüttete einen dort beschäftigten 28 Jahre alten Arbeiter. Der Mann hat dabei einen Rückenbruch und noch andere schwere Verletzungen dagegengetragen. Man brachte den Verunglückten mit dem Krankenwagen in das städtische Krankenhaus.

München. Beim Neubau des Prinz-Albrecht-Theaters stürzte am 8. Oktober, Vormittags 9 Uhr, ein Maurer dem Gerüst vier Meter tief auf das Dach eines Vorbaus, wodurch er erhebliche innere Verletzungen erlitt. Er wurde in's Kranken-

haus gebracht. — Auf einem Neubau in der Jägerwinkelstraße stürzte am 8. Oktober, Abends 6 Uhr, ein Tagelöhner aus Holzwerkstätte von einem Gerüst ab, hierdurch erlitt er ein hässliche Quetschungen am Kopf und aminneren Verletzungen. — Beim Neubau einer Maschinenhalle in Maria-Einsiedel bei München wurde am 9. Oktober, Morgens 7 Uhr, einem Zimmermann durch einen herabfallenden Balken der linke Fuß gebrochen. — Auf einem Neubau in der Jägerwinkelstraße stürzte am 8. Oktober, Abends 6 Uhr, ein Tagelöhner aus Holzwerkstätte von einem Gerüst ab, hierdurch erlitt er ein hässliche Quetschungen am Kopf und aminneren Verletzungen. — Beim Neubau einer Maschinenhalle in Maria-Einsiedel bei München wurde am 9. Oktober, Morgens 7 Uhr, einem Zimmermann durch einen herabfallenden Balken der linke Fuß gebrochen.

Norden, 10. Oktober. (Eig. Ber.) Auf einem Neubau in der Osterstraße, der sogar von zwei Unternehmen ausgeführt wird, kamen binnen kurzen zwei Unglücksfälle vor. Zum Aufwärts, von eisernen Säulen hatte man eine Tafelstange aufgestellt und diele durch ein über der Straße gespannte Tau befestigt. Da die nötige Beaufsichtigung fehlte, riß ein der Straße daheraufziehender Wagen das Tau durch und die umstehende Tafelstange verleerte den Kollegen Haddingen erheblich am Kopf. Gleichzeitig verunglückte ein Maurerlehrling. Der Lehrer verletzte sich in der zweiten Etage beim Dekanpusen beschäftigt. Infolge Fehlretters auf dem Gerüst fiel der Lehrling durch ein eisernes Loch in die Fensteröffnung und von da auf das vollständig umgedrehte Fensterlager und kam aus einer Höhe von sieben 7 m unten in den Keller zu liegen. Zahlreiche Verletzungen und Kopfwunden hat derselbe davongetragen.

Nürnberg. Vom Dache der Herz-Jesu-Kirche stürzte ein Schreiber ab. Er trug einen doppelten Helm und war nicht schwer verletzt. Sein Zustand ist hoffnungslos.

Regensburg. Am Schlossbau in der Augustenstraße stürzte ein Maurer aus Nebenräumen aus einer Höhe von ungefähr zwei Stockwerken in den Keller. Schwer verletzt wurde der Verunglückte in's Krankenhaus überstellt.

\* Aus dem Münchener Baugewerbe. Man schreibt der Münchener Post: "Vor dem amüsigen Wettbewerb der Baufontäle reihten sich in München Unfälle, bei denen es oft ein Wunder ist, daß kein Menschenleben zu Grunde geht. So ereignete sich Dienstag Vormittag 'am Neubau des Herrn Brunner an der Juliastraße folgender Unfall: Der Baufontäle Hemm hat kaum dem Bau den Rücken gedreht, als aufzulösen des Dachstuhles so schwer elbhängt ließ, daß die Last, oben angelangt, den Rahmen abriß, so daß die ganze Last in die Tiefe stürzte. Nur ein Wunder ist es zu nennen, daß die mit Ablassen des Holzes und dem Halten der Rahmen beschäftigten fünf Männer mit dem Leben davon kamen. Statt nun froh zu sein, daß die Sache so gut abgelaufen, beschimpfte Baumeister Müller die Arbeiter in der größtmöglichen Weise wie: 'Ihr g'schertet Hund, wenn's Euch nur alle fünf erschlagen hält!' Und einem älteren Zimmermeister drohte er mit Erzlagen, wenn er nicht mache, daß er die Arbeit verlässt. Dabei trug aber der Zimmermeister, der werth ist, daß ihn die Zimmermeister vom Bau gesperrt hätten, selbst die Schubl an dem Unfall, weil er als Leiter der Arbeiter den Rahmen überlassen ließ.

\* Die Münchener Bauarbeiter haben an die städtischen Kollegien um einen wichtigen Bauarbeiterabschluß petititioniert. Grundlegend fordern die Arbeiter Baufontäle mit weitgehenden Rechten. Nebenbei, wo Leben und Gesundheit der Bauarbeiter gefährdet erscheinen, müssen die Baufontäle die Räte erhalten, die Baufontäle anzuordnen; sie dürfen erst warten müssen, bis die Gefahr eine naheliegende geworden ist, weil damit der Erfolg gewöhnlich in Frage gestellt wird. Die solchen Baumeister werden durch die Ausdehnung der Kontrollbefugnisse nicht behindert, wohl aber werden die Unternehmer, welche auf Leben und Gesundheit der Arbeiter sinnen, als auch auf die Sicherheit des Publikums nicht die mindeste Mitleid nehmen, angehalten, solide zu bauen. Dies kann für die Baumeisterkollegien und für die Allgemeinheit nur von größtem Vorbehalt sein.

Weiter werden Bauarbeiten oder sonstige Unterhaltsräume abgesetzt, wo 50 Personen dauernd beschäftigt werden. Die Unterhaltsräume sollen, scheinbarlichlich, gegen Befüllungseinträge bilden und sollen ferner enthalten: genügend Badeanstalten, wo Leben und Gesundheit der Bauarbeiter gefährdet erscheinen, müssen die Baufontäle die Räte erhalten, die Baufontäle anzuordnen; sie dürfen erst warten müssen, bis die Gefahr eine naheliegende geworden ist, weil damit der Erfolg gewöhnlich in Frage gestellt wird. Die solchen Baumeister werden durch die Ausdehnung der Kontrollbefugnisse nicht behindert, wohl aber werden die Unternehmer, welche auf Leben und Gesundheit der Arbeiter sinnen, als auch auf die Sicherheit des Publikums nicht die mindeste Mitleid nehmen, angehalten, solide zu bauen. Dies kann für die Baumeisterkollegien und für die Allgemeinheit nur von größtem Vorbehalt sein.

Weiter werden Bauarbeiten oder sonstige Unterhaltsräume abgesetzt, wo 50 Personen dauernd beschäftigt werden. Die Unterhaltsräume sollen, scheinbarlichlich, gegen Befüllungseinträge bilden und sollen ferner enthalten: genügend Badeanstalten, wo Leben und Gesundheit der Bauarbeiter gefährdet erscheinen, müssen die Baufontäle die Räte erhalten, die Baufontäle anzuordnen; sie dürfen erst warten müssen, bis die Gefahr eine naheliegende geworden ist, weil damit der Erfolg gewöhnlich in Frage gestellt wird. Die solchen Baumeister werden durch die Ausdehnung der Kontrollbefugnisse nicht behindert, wohl aber werden die Unternehmer, welche auf Leben und Gesundheit der Arbeiter sinnen, als auch auf die Sicherheit des Publikums nicht die mindeste Mitleid nehmen, angehalten, solide zu bauen. Dies kann für die Baumeisterkollegien und für die Allgemeinheit nur von größtem Vorbehalt sein.

Bei Bauausfällen sind Ständergerüste von außen anzubringen. Sollte ein solches Gerüst nicht angebracht werden können, so ist an der äußeren Auflösungsmöglichkeit in jeder Etage ein Schubgerüst anzubringen. Diese Gerüste müssen mindestens 1,50 m breit sein und dürfen mit Baumaterialien nicht belastet werden. Ebenso halten wir es für nothwendig, daß sie auch von Statuten, Fenstern, Mätern usw. denkt werden können. Baumaterialien dürfen in den Bauarbeiten nicht lagern.

Neben genügend zu deinstallierenden Aborten wird die Aufstellung von Urinetümern gefordert, um die Reinigung der Bauten zu halten. Der Fenster- und Raumservice wird gleichfalls gebaut und schließlich in Soden des Gerüsts folgendes ausgeführt:

Bei Bauausfällen sind Ständergerüste von außen anzubringen. Sollte ein solches Gerüst nicht angebracht werden können, so ist an der äußeren Auflösungsmöglichkeit in jeder Etage ein Schubgerüst anzubringen. Diese Gerüste müssen mindestens 1,50 m breit sein und dürfen mit Baumaterialien nicht belastet werden. Ebenso halten wir es für nothwendig, daß sie auch von Statuten, Fenstern, Mätern usw. denkt werden können. Baumaterialien dürfen in den Bauarbeiten nicht lagern.

\* Die Bauarbeiterabschluß von Frankfurt a. M. hat gleichfalls um Abänderung resp. Verbesserung der Baupolizei berorbnung gefordert. Frankfurt war so ziemlich die erste Großstadt, die überhaupt Bestimmungen zum Schutz der Bauarbeiter betreß des Gerüstbaus erließ. Wie aber überall, wo die Stadtparlamente zunehmend aus Grundgegenstücken und Unternehmern bestehen, so auch in Frankfurt: die erlassenen Bestimmungen waren lange nicht weitgehend genug, sie entsprachen keineswegs dem, was die Bauarbeiter forderten und fordern.

missen. Inzwischen sind fünf Jahre in's Land gegangen. Das Baugeschäft hat sich bedeutend entwickelt und die Haft in der Arbeitsweise hat sich gesteigert wie nie zuvor. Viele und schwere Unglücksfälle, Verletzungen und Schäppel im Gefolge, haben gezeigt, haben für jeden einschlaßenden Menschen erinnern lassen, daß mehr geschehen muß zum Schutz der Bauarbeiter gegen Lebensgefahr. Zu vielen Versammlungen haben die Unternehmer immer wieder darauf hingewiesen, daß die Mißstände offen zu Tage liegen. Dass einerseits die Vorschriften nicht präzise genug gesetzt sind, daß sie aber auch, wie sie bestehen, von den Unternehmen nicht befolgt werden, um daß die jetzt bestehende Überwachung der Bauten zwecks Durchführung der polizeilichen Bestimmungen nicht im Entfernen ausreicht.

Die Hauptförderung der Frankfurter Bauarbeiter ist daher auch — wie altertümlich, wo die Arbeiter den Bauarbeiterfeind ernsthaft propagieren — Aufschlußbeamte aus Arbeitertreinen einzustellen. Die bisher angestellten Kontrolleure genügen weder der Zahl noch der Qualität nach. Wenn auch gern zugegebene werden soll, daß einige der vorhandenen Kontrolleure gute Fachkenntnisse haben, so geht ihnen doch die praktische Erfahrung ab, die der Arbeiter sich in seiner Jahre langen Tätigkeit auf den verschiedensten Bauten gesammelt hat. Der praktische Bauarbeiter, der Mauern zu allermeist weiß es, wie sich diese und jene Schutzbürokratie bei der Arbeit bewahrt, er weiß sofort die Stellen herauszufinden, wo die Arbeiter das größte Risiko zu tragen haben, er weiß auch, wie gerade seitens der Bauführung an dieser und jener Stelle leichtfertig zu Werte gegangen wird. Darum her mit dem Baukontrolleur aus den Reihen der Bauarbeiter, von diesen vorgeschlagen und von der Stadt angestellt. — Außer diesem Antrag haben die Frankfurter Bauarbeiter Verbesserungsanträge fast zu allen Paragraphen der Baupolizeiverordnung gestellt. Arbeits- und Schutzaufgaben sollen verbessert werden; dergleichen Leitern, Leitergängen und Laufbrücken, Weißes Tiel, Abbrucharbeiten wird gefordert, daß das Unwesen ganz bändigt, Schornsteine etc. unter allen Umständen verboden werden. Ferner sind Anträge auf Ausgestaltung der Bauabwände zur wirklichen Unterlängsträumen gestellt. Die Forderung ist ähnlich der in München getestet. Auch Urneinen in den einzelnen Stockwerken der Bauten werden verlangt und zum Schluß die Schließung des Thüren und Fensteröffnungen der Bauten bei Innenarbeiten während der Zeit vom 1. Oktober bis zum 1. April.

\* Der Rath der Stadt Leipzig hat die Ausführungsbestimmungen für die §§ 138 bis 142 des Allgemeinen südostdeutschen Baugesetzes veröffentlicht, die sich in nichts unterscheiden von den vom Minister veröffentlichten Grundföhren. Das einzige Neue ist die Strafbestimmung: Zuwiderhandlungen werden, so wie in § 139, nach den Strafgesetzen eine härtere Strafe bewirkt, mit Gefängnisstrafe bis zu sechs Wochen bis Einhundert Mark oder Haftstrafe bis zu sechs Wochen geahndet, auch kann der Beginn oder die Fortsetzung der Bauarbeiten durch Verhängung des Bauverbots auf so lange unterfangt werden, als den Vorschriften unter 1—10 nicht entsprochen ist. Es wird hierbei allerdings zu bedenken sein, ob die amüsante Kontrolle ausreicht, die Sünder zur Verstetzung zu bringen. Es ist freilich sehr wenig, was die Verordnung zum Schutz der Arbeiter bedeutet, immerhin werden sich Unternehmer in großer Zahl finden, die auch das Wenige den Arbeitern vorbehalten.

\* Das Großherzoglich Badische Bezirksamt in Mannheim hat sich infolge der breiten Unfälle auf Bauten beruhigt gefunden, am 23. September eine Kontrolle sämtlicher Bauten in der Gemarkung Mannheim vornehmen zu lassen. Und das Resultat dieser Kontrolle ist für die Unternehmer jedenfalls nicht günstig ausgeschlagen, denn das Bezirksamt hat es für nötig befunden, am 27. September in der „Badischen Landeszeitung“ „allen Interessenten“ bekannt zu geben, daß es auch Schutzbestimmungen für die auf Bauten beschäftigten Arbeiter gibt: „Die ortspolizeilichen Vorschriften finden sich für das Gebiet der Gemarkung Mannheim vor Allem in den §§ 24 (Art und Weise der Bauaufschriften), 80 (Baugerüste), 87 (Schutzbürokratie und Warnungszeichen) und 88 (Absturzaborte) der allgemeinen städtischen Bauordnung und in den §§ 18 (Art der Bauausführung), 28 (Baugerüste), 24 (Schutz der Bauarbeiter gegen Stahlengang und fallende Einrichtungen der Witterung) und 26 (Notabsturz und Baububen) der Vorortbauordnung vom 1. August 1899. Ferner gilt im Gemeinschaftsbereich die den beiden Bauordnungen als Anhang beigegebene ortspolizeiliche Vorschrift, betreffend die Sicherung der Arbeiter gegen Beschädigungen bei Bauausführungen. Die lehrgärtliche Vorschrift regelt insbesondere den Betrieb und enthaltet Weisungen über Ausführung der verschiedenen Gerüstearten und über Beschaffung der Gerüstmaterialien, sowie über Sicherung der Arbeiter im Innern der Bauten (Absturzungen, Verwöhnung von Dachstühlen u. dergl.), endlich sind präzise Vorschriften zur Verhütung von Unglücksfällen während der Bauarbeiten gegeben. Zuwiderhandlungen gegen diese ortspolizeilichen Vorschriften werden seitens der Baupolizei am Gelb bis zu M. 150, oder mit Haft bis zu 14 Tagen bestraft, sofern nicht gemäß Reichsstrafgesetzesbuch, nämlich § 222 (lehrgärtliche Täuschung) §§ 230, 281 (fahrlässige Körperbeschädigung) und 230 (Vidhabe der unerlaubten Regel der Baupolizei) schwerere gerichtliche Strafen verhängt sind.“

\* Kundgebungen des Unternehmerbundes. Der Verband der Baugeschäfte von Berlin und den Vororten macht in der „Baupolizei-Bla.“ bekannt, daß vom 1. Oktober ab eine mit den Mörtelsteinkränen gekennzeichnete Vereinbarung in Kraft getreten ist, wonach dieselben auf drei Jahre verpflichtet sind, an außerhalb des Verbandes stehende bezeichnete Firmen oder Personen Kalk und Mörtel nicht zu liefern. Auf Generalversammlung beschlossen sind sämtliche Mitglieder unter allen Umständen verpflichtet, Kalk und Mörtel vom 1. Oktober ab nur noch von den folgenden in die Unternehmerliste aufgenommenen Firmen zu beziehen: 1. Vereinigte Berliner Mörtelwerke; 2. Alfred Weidner; 3. Gustav Bonn; 4. Ernst Weidner; 5. Berliner Mörtelwerke Gehr. Lübbert. Weiter wird den Mitgliedern und gehan, daß die Bauabfragen des Verbandes (Es sind wohl dieselben, die die Arbeiter auf den Bauten ausfordern und bestrafen sollen f. Reb. d. „Grundst.“) streng angewiesen sind, auf genau Durchführung der Vereinbarung Obacht zu geben. — Territorialismus ist dies in den Augen der Leiter des Unternehmerverbandes natürlich nicht. Wie würden dieselben Herren aber schwören, wollten die Arbeiter auch nur technisches berufen? — Bei einer weiteren Kundgebung wollen die Herren vom Bunde die bauliche Publikum von den Bürgern hängen machen. Es heißt da: Die Bürger wollen M. 9 Tagelohn bei aufsässigem Arbeitssatz durchsetzen. Das soll der neueste Vorstoß sein zu einer Zeit, wo großes Arbeitsergebnis vorhanden ist. Die Bürger sind aber fest organisiert und glauben, Alles fordern zu dürfen. Die Preise für Bauarbeit sind in Berlin in den letzten fünf Jahren über 100 p. in die Höhe gegangen, aber trocken rechnen sich die Bürger natürlich auch zu den nachlebenden Arbeitern. Die Mörderpuhrheit soll ganz aufgehoben werden, obgleich die den Bürgern durchschnittlich mehr als M. 9 für den Tag einbringt. Bei der Mörderpuhrheit wird aber zu viel Arbeit geleistet, darum soll zunächst M. 9 Tagelohn und aufsässiger Arbeit durchgesetzt werden. Das Andere findet sich dann schon.“ Die Baumeister preisen aber auch gleichzeitig ein Mittel an, die „unberührten“ Forderungen der Bürger illyrisch zu machen, nämlich dieses: „Als nützliches Vorbeugungsmittel und eben, späteres Abwehrmittel wird vom Verbande der Baugeschäfte von Berlin und den Vororten vorge schlagen, schon jetzt in möglichst großer Zahl Männer und Lehrlinge mit Biergärtchen alter Art zu beschäftigen, damit die Zahl der ausgebildeten Bürger erhöht werde.“ — Die Herren Meister begreifen hierbei nur, daß die Mauer, wenn sie überhaupt in diesem Hause aufs Büren einlassen, erst recht nicht in Mörder arbeiten. Und die Lehrlinge sollen ja schließlich nicht erfasst angeleitet werden. Dazu werden sich aber weder Bürger noch Mauer bergehen, wenn sie wissen, was die Unternehmer beabsichtigen wollen. Das aber den Herren Döbler, Bachmann und Genossen gewünscht oder auch nur im Stande waren, jemand das Pochen zu lehren, das müssen wir sehr stark be zweifeln.

— Das Baugewerbe wirkt noch etwas ab — für die Unternehmer. Dies geht unter Anderem auch aus der Höhe der Beiträge her vor, die von den Mitgliedern des Verbandes der Baugeschäfte von Berlin und Umgegend gezahlt werden müssen. Die Beiträge richten sich, wie wir den Sätzen des Verbandes entnehmen, nach der Summe der Böhne, die im Jahre gezahlt werden; es kommen in Betracht: Jährlicher Beitrag, Beisteuer zum Garantiefonds und der zu hinterlegende Beischliff. Ein kleiner Krauter, der bis zu M. 15 000 Zehn pro Jahr umfegt, erhält eine Zulage von 100 p. Ein Arbeiter durchschnittlich 40 Wochen lang beschäftigt, hat M. 60 Jahresbeitrag und M. 50 zum Garantiefonds zu zahlen und außerdem einen Beischliff im Betrage von M. 800 zu hinterlegen. Wie können also sicher annehmen, daß die Jahresbeiträge bei den kleinen Unternehmen so leichtlöst sind, daß sie nicht mehr als 1 p. des Gehalts verdienten anzusehen. Also M. 60 Jahresbeitrag bei einer Lohnsumme von M. 15 000 wurde gleichzeitigend jetzt mit M. 5000 Bruttogehalt. In der vom Verband aufgestellten Beitragsstafel wird mit Jahresköpfen von 2 Millionen Mark und darüber gerechnet. Ein Unternehmer, der 14—22 Millionen Mark Jahresköpfe zur Auszahlung bringt, hat M. 5500 Jahresbeitrag und ebenso viel zum Garantiefonds zu zahlen und weiter einen Beischliff in Betrage von M. 33 000 zu hinterlegen. Dazu gehört allerdings, daß man 1000 und mehr Arbeiter das Jahr hindurch auszubauen in der Lage ist, und sollte Baugewerbe nicht es nur ganz wenige. Aber nehmen wir ein mittleres Geschäft mit 70—80 Weißjägern und M. 80 000 Jahresköpfen, deren geht es ziemlich viele. Ein solcher Unternehmer soll M. 200 Jahresbeitrag zahlen, ebenso viel zum Garantiefonds und in Gestalt des Beischliffs M. 1000. Selbst wenn wir bei dieser Lohnsumme 1 p. des Bruttogehaltes als Jahresbeitrag annehmen, was wahrscheinlich zu hoch geprüft ist, so ergibt sich bei dem Umsatz von M. 80 000 ein Bruttogehalt von M. 18 000. Damit kann auch schon ein Bauunternehmer in Berlin sich das Leben schön machen.

— Der Bauunternehmerbund für ganz Deutschland hatte im Jahre 1899 eine Einnahme von M. 20 539,72, darunter für Agitation bestimmt M. 7800. Eingegangen war die Summe aus 24 Orten von Lokalverbänden und Zünften. Ausgegeben wurden M. 10 467,51, so daß ein Bestand übers von M. 10 282,91. Unter den Ausgaben befindet sich M. 2600 zurückgezahlte Vorläufe, 5876,56 für Bureauausgaben (Gehälter, Schreibensstoffe etc.), M. 1452,25 für Drucksachen und M. 1462,80 für Reisekosten. Im Jahre 1900 sind Beiträge eingegangen von 68 Lokalverbänden resp. Zünften. Die Einnahme betrug M. 22 189,30, ausgegeben wurden M. 10 431,46, davon M. 6053,10 Bureauausgaben, M. 2038,10 Drucksachen, M. 1841,90 Reisekosten. Der Überschuß inff. Rassenstand aus dem Vorjahr betrug am 5. September 1900 M. 22 031,06.

\* Vom Submissionsministerium. Die Submission zur Ausführung folgender Arbeiten zur Umgestaltung der Eisenbahn-Anlagen in Hamburg, und zwar die Herstellung der Unterbauten, Widerlager und Peile für: 1. Brücke über die Bille, 2. Unterführung des Billhorner Deiches, 3. schwere Unterführung für die Lübecker und Berliner Gleise bei Holstenburgsort ergibt, wie wir der „Baupolizei-Bla.“ entnehmen, folgendes Resultat:

	1.	2.	3.	Summa
	M.	M.	M.	M.
M. Flese-Berlin	108429	49056	66594	223079
M. Niedelmann-Hamburg	74465	43261	54184	171700
M. Bodermann-Hamburg	79845	89241	46582	165568
M. Helm-Altona	68811	49870	46885	165039
H. S. Schmidt-Altona	61043	34835	45658	141536
M. Blum-Hamburg	57872	35413	40859	134044
Wiese & Seep-Glinshorn	61681	34799	42562	138992
Paul Eder-Hamburg	53210	81043	41195	125448
Hinptor-Hamburg	51768	32889	40366	125047
H. Maack-Hamburg	51477	32420	38556	122453
Quaque-Hamburg	51078	31780	29384	112232

Die Differenzen der höchsten und niedrigsten Forderung beträgt demnach 100 p. bei den einzelnen Kosten, sogar noch bedeutend mehr! — Bei Vergleichung der an der Ernst Merckstraße und am Mühlplatz zum Abriss bestimmten Gebäude differieren die einzelnen Angebote um 60—200 p. Bei der Submission eines staatlichen Leihhauses in Ham-

burg 8 forderten:

L. Nieme ..... 79400 W. Ch. Niedelmann ..... 88900

Theodor Burgfeld ..... 81000 Trebitz & Reis ..... 87600

Paul Eder ..... 81700 H. H. Harten ..... 91600

H. Heitmann ..... 82500 W. Grawinkel ..... 95000

Arelsb. ..... 84450 Hein & Freydr. ..... 97000

Ferd. Müller ..... 84750 F. S. Hogenmant ..... 103250

C. B. Kübler ..... 86400

Beim Lesen dieser Zahlen kann man nur mit dem Kopfe schließen. Um sie voll aufzubringen zu können, müßte man das Quantum der zu liefernden Arbeiten und die Summen kennen, die die Bauabwände in ihren Voranschlägen herausgerechnet hat. Eine Verlässlichkeit ist es aber in jedem Falle,

doch Unternehmer, die das Geschäft kennen wollen, zu solchen Zahlen kommen können.

\* Zur Streitklause. Die Hochbau-Deputation der Stadt Schöneberg bei Berlin hatte die Streitklause als im Interesse der Gemeinde liegend anerkannt und beschlossen, sie in die Verträge aufzunehmen. Gegen dies Verfahren wandten sich in zwei gut besuchten Versammlungen die Arbeiter Schönebergs. Eine Protestresolution wurde an den Magistrat und die Stadtoberbauräte verhandlung gebracht, welche Körper-

schaften, wie die Petitionskommission überwiesen. In der Kommission wurde die Klausel gegen eine Stimme gutgeheissen; der kürzlich tagende Verhandlung der Stadtoberbauräte wurde ein Gleiches gebracht. Deserter in dieser Angelegenheit war ein Maurermester Schulz, der natürlich die Streitklause zur Annahme empfahl. Stadtoberbauräte Zimmerer Obbt machte dagegen geltend, daß die Annahme nichts Interessantes bediene, als eine Parteinahe der Befohlen zu Gunsten der Unternehmer; die Behauptung, daß der Widerstand der Befohlen gegen die Klausel die Fertigstellung des Krautenkauens in Frage stellen werde, sei in jeder Einsicht durchaus hinfällig. Recht somit Ansichten äußere der Stadtoberbauräte und Geometer v. Frankenberg. Er meinte, es sei der Geist, der die Intelligenz der Unternehmer ist, die die Arbeitgeber in wirtschaftlichen Kämpfen unterstützen werden. Das sei nicht der Fall. (Ja, na!) Die Sache liege so, daß fast alle Baugeschäfte den Bunde angehören; lehnen wir die Streitklause ab, so werden die notwendigen Schulbauten nicht fertiggestellt.

Schließlich wurde die Streitklause mit 29 gegen 4 Stimmen gutgeheissen.

## Lohnbewegungen und Streiks.

### Maurer.

Angespornt sind resp. im Streik befinden sich die Kollegen in Husum (Schleswig-Holstein), Friedrichsland (Mecklenburg), Swinemünde (Pommern).

Eperren sind verhängt über die Bauten der Unternehmer Wurm, Wilhelm & Karl Hönnig, Funkel in Neppen, Witt in Bromberg, Wietzke in Schwedt an der Oder, Otto Hug in Düsseldorf-Reisholz, G. Krohn, C. Wäldig, G. Gähgen, D. Preuß, J. Bargmann, W. Timm, J. Bornholde, H. Fischer, P. Volken und H. Witt in Wismar, Paul Wittem und Ferdinand Hoffmann in Ahrensburg, Wissel als Münster in Kiel-Gaarden, Westphal in Brunsbüttel (Neßlsg.). Willens & Böhler, Dahl, R. Bühring (Sielbauarbeiten), Kindler (Bau Lombardsbrücke, Comptoir: Hindstr. 20) in Hamburg, Lappé in Franzburg, Bau Karls-Hütte bei Neuburg, Petersdorf in Neudamm, Nagel in Boizenburg-Udermark (die Bauten sind in Hardenbeck und Umgegend), Fuhrmann in Friedrichshagen (Neubau Springberg bei Elster).

Buzug ist weiter fern zu halten wegen Differenzen mit den Unternehmern von Dresden, Kassel, Nienburg a. d. W., Braunschweig, Wittstock, Strelitz-Neustrelitz, Herford, und wegen großer Arbeitslosigkeit von Halle a. d. S., Kotthaus, Bremerhaven-Lehe-Geflektinde, Eberswalde, Stettin, Magdeburg, Hannover, Hamburg und Lübeck.

In Zinnowitz sind die Differenzen noch nicht völlig beigelegt. Der Unternehmer Hoppa hat sich hintergekehrt, den Tarif zu unterschreiben. Buzug ist daher noch fern zu halten.

In Swinemünde haben in der letzten Woche zwei Unternehmer die Forderungen der Kollegen anerkannt; im Ganzen haben nunmehr fünf Unternehmer bewilligt. Die Zahl der Streikenden ist auf 79 angewachsen, da die verschiedenen Kollegen ohne zwingenden Grund aus der Freude zurückgetreten sind. Gänfig beeinflußt wird der Streik dadurch natürlich nicht.

Der Streik bei den Unternehmern Nagel in Wolfsburg (Stadtteil Hardenberg) erstreckt sich auf Kleinow, Gramzow, Bieflow, Brüssow und Voigtsburg. Die Kollegen fordern 33 1/2 Stundenlohn, der auch von den Unternehmern in Hardenberg und Umgegend gezahlt wird. Nagel hat mehrere Bauten, die sich im Anfangsstadium befinden und die noch vor Beginn des Winters fertig gestellt resp. unter Dach gebracht werden sollen. Etwa 80 Maurer haben die Arbeit eingestellt; in Arles, geblossen sind nur einige Barriere und Leitplatten.

Nach Schluß der Nebastion erhalten wir die Mitteilung, daß der Streik in's Wasser gefallen ist. Der Unternehmer hat gebrochen, er wollte die Namen der Streikenden dem Herrn Grafen Arnim, und da ist der Mehrzahl der Maurer das Herz in die Hosen gefallen.

In Gießen haben 20 Kollegen, meistens Italiener, die Arbeit bei einem Hallenbau unter einem Unternehmer eingestellt. Die Maurer waren von dem Unternehmer aus Halle mit hinunter genommen worden und waren dieselben des Glaubens, der Hallenbau Lohn von 50 p. würde auch in Gießen gezahlt. Hierauf wollte der Unternehmer sich nicht einlassen. Buzug ist fern zu halten.

Die Differenzen in Salzwedel sind beigelegt worden. Die Unternehmer haben zugeschanden, die sechs Gewerkegruppen sofort wieder in Arbeit zu setzen und im Frühjahr nächsten Jahres die geforderten 33 1/2 Stundenlohn zu zahlen. Auf einige Nebenforderungen verzichteten unsere Kollegen.

## Stukkature.

In Differenzen resp. im Streik befinden sich die Kollegen in Berlin, Köln a. Rh. und Leipzig. Buzug ist fern zu halten.

In Berlin trat am Mittwoch die Vertretung der Ausgesperrten reg. Ausländern mit der Kommission der Unternehmer zu einer gemeinsamen Sitzung zusammen, die zu dem Ergebnis führte, daß die Arbeit bei folgenden Firmen zu den alten Bedingungen wieder aufgenommen wird: Junckersdorf, Calpar, Fädel, Schirmer, Gotheiner, Moissach & Braund, Möbel und Sablonius. Das Angebot, Alsfeld zu arbeiten, wird von den Unternehmern zurückgeworfen. Gesperrt bleiben die Firmen: Drechsler, Wala, Schubert & Sammt, Hoffmann, Pichler, M. Drößle, Dammler, Hänsel, Bachmann, Diekmann, Hansemann & Voigt. Die Kollegen werden laut Beschluss vom Dienstag Abend erlaubt, unterzliglich Baudenkmäler zu wählen. Ferner wurde am Dienstag beschlossen: Es verpflichten sich die arbeitenden Kollegen, zur Unterstützung der Ausgesperrten und Streitenden eine Extrasteuer von 50.- pro Tag zu entrichten. Diese Steuer ist durch den von den Kollegen der jeweiligen Firma gewählten Deputierten des Sonntags einzuziehen.

& Baumann, die Sperre hängt. Die Ursache der Sperre ist darin zu suchen, daß die Firma den organistischen Stiftskateuren aushilft, mit Nichtorganistischen zusammen zu arbeiten. Die vereinigten Stiftskateurmeister haben beschlossen, ketten bei der Arbeit in Besitztung gewesenen Stiftskateur in Arbeit zu stellen.

In Leipzig sind die Stiftsfreunde am Montag, 15. d. M., in den Streit eingetreten. Sie fordern, daß alte Bauten, an welchen inwendige Arbeiten zu machen sind, mit Fenstern und Thüren versehen werden. Der diesbezügliche Besluß lautet: „Die heute, den 11. Oktober 1900, in Stadt Hannover tagende öffentliche Versammlung der Stiftsfreunde von Leipzig und Umgegend beschließt, an der gemeinschaftl. von Stiftsfreunden, Töpfern und Malern gemachten Eingabe bis zur vollen Durchführung fest zu halten. Den durch diesen Besluß arbeitslos werdenden Kollegen soll die moralische und materielle Unterstützung in jeder Beziehung zu Theil werden.“

In weiterer Erwagung, daß diese Neuerung eines Einführungs- und Übergangsstadiums bedarf, beschließt die Versammlung, daß in solchen Männern, wo technische Schwierigkeiten sich ergeben würden, oder ein zugfreies Vertheilen unmöglich wird, wobei Durchschnitte, Haushaltung und Treppenhäuser zu verstecken sind, der Arbeiter in ausreichendem Maße nach bestem Ermessens gesetzlich werden muß. Würde bei solchen Arbeiten, wo die letzte Einzelung des Erfolges von 1900 nicht möglich, die Temperatur bis auf vier Grad Wärme (Rekord), so sind vom Arbeitgeber Vorlehrungen für den vollständigen Berufsuflauf zu treffen, anderentfalls der Platz bis zur Erreichung dieses Zweckes zu räumen hat. Wel allen derartigen Ausnahmearbeiten ist die Kunst und der Spruch der Kommission einzuhören, die den Rechte des Interessenwohnsitzung der Korporation befreit. Wer sich den Beschlüssen der Gewerkschaft in der Herrenfahrt und deren Umstiege entgegenstellt, wird nach geweisheitlicher Auffassung als Soldat behandelt, der den Gesamtinteressen der Gewerkschaft entgegen arbeitet.

Nach längerer Debatte über die Regelung der Unterstützungsfrage wurden folgende Anträge angenommen: „Jeder durch die Wehrkraft arbeitslos werdende Kollege erhält die städtische Unterstützung, wenn er seinen Verpflichtungen zum Unterstützungsfonds nachkommen ist; wie mit Beiträgen im Maßstabe 1/3, erhält nur 50 p.M., bis durch die übrigen 50 p.M. seine Schulden gelöscht ist. Wer die ganze erste Woche arbeitslos bleibt, erhält vom ersten Tage ab, wer einen Tag arbeitet, für zwei Tage, wer zwei Tage arbeitet, für einen Tag Unterstützung. Diejenigen, die über den 16. November hinaus arbeitslos bleiben, erhalten Unterstützung, bis sie durch den Arbeitsnachweis Arbeit zugewiesen erhalten haben.“

Aus unserer Gemeinde.

Eine außerordentliche Mitgliederversammlung der Bahnstelle Berlin III (Märkische) lagte am 10. Oktober in den „Kreishäusern“. Kollege Miete referierte über das Vertragsverhältnis mit den Unternehmen und über verschiedene Missstände im Berufe. In seinen Ausführungen kam Miedner auch auf die Firma in Dresden stützende Generalversammlung der Unternehmer zu sprechen, in deren Verfolg er verschiedene Behauptungen der Unternehmervertreter geblümt zurückweist. Weitere kritische Referate das Beruhlen einiger Kollegen, die bei Arbeitslosigkeit den Unternehmern das Haus eintreiben, anstatt, wie sie laut Beschluss verpflichtet sind, unseren Arbeitsnachwuchs in Anspruch zu nehmen. Solche Seitenprünge seien voraus ausgeschlossen und nur dazu angehalten, den Unternehmern zu machen zur Bereicherung der Lohn- und Arbeitsbeschaffenheit. Den Ausführungen des Kollegen Miete wurde allgemein beigezeichnet. — Ein Mitglied, dessen Ausfluss befragt wurde, ob zur nächsten Versammlung besonders eingeladen werden, Wer den Arbeitsnachwuchs benutzt, muß Verbandsbuch und Streitkonto in Ordnung haben. Dem Nachweisbevollmächtigten werden Marken zur Verfügung gestellt. Schließlich wurde noch mitgeteilt, daß bei den Firmen Böllner & Co., Günther und Solwedel keine Missstände bestehen.

Soumer & Co., Günther und Solweder arge Mißstände berichten. Am 4. Oktober fand in Borna eine Märtversammlung statt, in welcher Kollege Döpke Leipzig über: „Zweck und Nutzen der Gewerkschaftsarbeit“ referierte. Redner wies nach, daß die Gründung der Kärtelle zur Zeit des Sozialstreites nur ein Notbehelf war, weil innehaltend das Sozialstreitegebot niederdrückend auf die Arbeitnehmer wirkte und andertheils ein Zusammensetzen aller Arbeiter, wie dies jetzt durch die Zentralverbände geschehe, auf Grund der verschiedenen Verunsicherungen nicht möglich war. Die Kärtelle werden gegründet, um die Streiks genügend unterstützen zu können und eine Regelung des Rassenwesens herbeizuführen. Dies sei heute durch die Zentralverbände hinlänglich geworden, weil diese Angelegenheit jeder Verband selbst regelt. Redner wies in seinen weiteren Ausführungen nach, daß sogar Gewerkschaftsärzte bei Streiks huben, gerichtet und in ihren schlechten Ausgang vergrößert hätten. Die Erfüllung dieser Aufgaben müsse also bei Neugründung von Kärtellen von vorneherein gänzlich außer Betracht bleiben. Immerhin würden aber noch genug Arbeiten für die Kärtelle übrig bleiben, so daß die Agitation, Regelung der Vergütungen usw., alles ausgäben, die ja auch mit zu den Arbeiterbewegung gehören. In der Diskussion sprachen sich verschiedene Kollegen im selben Sinne aus. Sie hielten es aber doch für notwendig, daß ein Institut geschaffen werde, welches alle Interessen der Arbeiter gemeinsam vertreibt. Der Referent schlug vor, eine aus organisierten Arbeitern aller Branchen bestehende Kommission einzurichten, die alle vor kommenden, die Allgemeinheit der Arbeiter inter-

effizienten Fragen vorzubereiten hat. Die Versammlung beschließt, abzuwarten, welche Stellung die anderen Gewerkschaften an dieser Frage einnehmen. Sobann gab der Vertretermann bekannt, daß von 180 am Orte arbeitenden Kollegen sich 115 an der statistischen Aufnahme über die Lohns und Arbeitsverhältnisse beteiligten. Die Erhebung habe ihm viele Mühe gemacht, er erwarte, daß die Kollegen fünftzig mehr Werth auf die Statistik legen. Kollege Beyer unterstrich die Ausführungen des Vertretermannes. Von diesem wird dann noch bekannt gegeben, daß der Durchschnittslohn infolge der Organisation von 28 A. im Jahre 1898 auf 34 A. per unferer diesjährigen Lohnbewegung und auf 37 A. nach derzeitigen geschätzten sei. Unter "Innern Berufskampfsgegenheiten" fordert der Vertretermann die Kollegen auf, "mehr und mehr auf den Wahlen zu agitieren und die Wähler zu kontrollieren, damit sämtliche Beitragszahler öfter an ihre Pflichten erinnert werden". Nachdem noch einige Wohlwände gerichtet worden waren, erfolgte mit einem Hoch auf die Maurerorganisation Schluss der gut besuchten Versammlung.

Am 7. Oktober hielt die Zollstelle Bramberg ihre regelmäßige Mitgliedserversammlung ab. Im 1. Punkt der Tagesordnung berichtete, der erste Bevölkerungsrichter Adolf Nosenthal, welche Sagen ihm von dem frischen Bevölkerungsrichter überliefert wurden. Der 2. Punkt, „Abrechnung“, wurde bestagt, weil der erste Kassier durch eine 14tägige militärische Übung verhindert war, anwesend zu sein. Im 3. Punkt, „Unsere Arbeitsbedingungen“, sprachen die Kollegen Adolf Nosenthal und Friedrich Henke. Sie rügten das Verhalten mehrerer Kollegen, welche, obgleich ihnen bekannt ist, daß die Arbeitszeit vom 1. Oktober bis 1. November neun Stunden beträgt, die Mittags- und Besserpause fürzten, um noch recht viele Stunden herauszuholzen. Die Budelegerlein, die sie an ihre Pflichten erinnerten, wurden höhnisch ausgelacht. Es wurde hergehoben, daß dieses als Kontralierung anzusehen sei. Die Kollegen möchten doch bedenken, daß nach den mit der Unternehmung getroffenen Vereinbarungen der Zoll von Neujahr 1901 auf 42 % steigen soll. Wenn nun aber die Kollegen selbst die Arbeitszeit verlängern, dann würden die Unternehmer den Zoll erledigen, anstatt zu erhöhen. So dann aber die Mauer Brambergs, wenn sie gewungen seien, von neuem den Kampf aufzunehmen, die Bürger zum zweiten Male auf ihrer Seite fordern, sei stark zu befürchtet. Es sei deshalb Wichtig der Kollegen, überall strikte die Arbeitsbedingungen einzuhalten. Das frische Mitglied Rothkowitz hatte sich zur Abberatungsnominiert, wurde aber abgewiesen, weil er Streitbrecherdienst geleistet habe.

Die Arbeitsschule Delmenhorst hielt am 2. Oktober ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab, welche, wie auch schon mehrere vorhergehende, schlecht besucht war. Dieses hat aber ausschließlich seinen Grund darin, weil die meisten Kollegen auswärts wohnen und auch noch meistens in Bremen arbeiten, während mit dem Juge nach Hause fahren und des Morgens früh wieder mit dem Juge zum Arbeitsort. Auf Wunsch dieser Kollegen wurde beschlossen, daß die regelmäßigen Mitgliederversammlungen für nächsten Winter nicht wie bisher alle 4 Tage Dienstags, sondern jeden ersten Sonnabend im Monat im Vorlate des Herrn Dietzelar stattfinden sollen. Da diese ausdrücklichen Kollegen dann besser Zeit und Gelegenheit haben, wie erwartet, daß die Versammlungen von jetzt an gut besucht werden.

Die Bahnhofsschule Dirkschan hielt am 5. d. Mts. im Lokale "Zum deutschen Kaiser" eine gut besuchte öffentliche Männerversammlung ab. Zum ersten Punkt der Tagesordnung: "Zweck und Nutzen der Organisation", war als Referent Kollege Wennebeek aus Danzig anwesend. Derselbe legte den Kollegien in russischer und sächsischer Weise die Zwecke und Ziele der Organisation klar. Der Vortrag wurde von den Kollegien mit Beifall aufgenommen. Im Punkt "Beschleißenehmen" wurde die Vorlage des "Grundstein" durch den Kollegen Jasmer in sächsischer Weise geregelt, welches ebenfalls bei den Kollegien Beifall erfuhr. Auch wurden die gestellten Fragen aus der Mitte der Versammlung gewissenhaft durch Kollegen Wennebeek beantwortet. Hauptthäflich gab er auf die Frage: "Wie hängt der Centralverband mit dem alten Gewerbe zusammen?" die richtige Antwort vor: größte Vertheidigung der Versammlung. Ebenfalls anwahnte Kollege Wennebeek die Anwendung mit aller Kraft für den Verband zu wirken, damit kein Kollege der Organisation bleibe. Zum Schlus wurden drei neue Mitglieder in den Verband aufgenommen. Mit einem Hoch auf das Pfauen und Leibescher des Verbandes und unserer Bahnhofsschule schloß die gut besuchte Versammlung um 11 Uhr.

Die am Dienstag, den 2. Oktober, im Gewerkschaftshause aufgehobene Mitgliederversammlung der Bahnhofs-Eiserfeld-Brüderfamilie fand sich einen sehrartig starken Besuch, wie keine andere vorher in diesem Jahre. Als wichtigster Punkt der Tagesordnung stand zur Beratung: "Die geplante Reform des Innungskräftevertragsgesetzes und die im Grundsatz begriffene Innungskräftekasse für das Gewerbe." Der hierzu voreiligste Referent, Genosse Haberland-Normen, war aus unbekannten Gründen nicht erschienen und übernahm daher der in seiner Sache langjährig erfahrenste Kollege Falter das Referat. Letzterer führte aus, durch die geplanten Änderungen würde die heutigen Ortskrankenkassen die Selbstverwaltung vollständig entzögten. Den Arbeitern würden dadurch alle Rechte und jeder Einfluss auf die Kassenverhältnisse illogisch gemacht. Es sollten werden, und zwar sollten diese ernannt werden und nicht durch die freie Wahl der Mitgliedsberufe herorgehen. Auch hierzu sei den Baugewerbe die Selbstverwaltung der Ortskrankenkasse durch Bauarbeiter längst ein Dorn im Auge. Nur weil an dieser Stelle nicht "Herr im Hause" sind und sich den Geschäftsführern ihrer eigenen Arbeiterfügen müßten, deshalb gingen auch die hiesigen Innungskräfte in leichter Zeit mit dem Gewerke schwanger, eine Innungskräftekasse zu gründen, weil sie in dieser unbedrängt schalten und walten können und die Arbeiter kaum noch Wünsche äußern dürfen. Die bestehende Ortskrankenkasse habe ein Reservekapital von M. 104 000 und bezahle wöchentlich M. 11,84 Rentengeld. Dieses zu bieten sei die Innungskräftekasse mit im Stande. Falls die Pläne der Innungsmeister zur Durchführung gelangen, seien die hiesigen Bauarbeiter entrichtet, moralisch und materiell geschädigt. Deshalb sei der häufigste Protest am Platze. — Im Weiteren beschriebe Kollege Muth über die Arbeitslosenversicherung und den Berufsschutz der Weise, die unter Arbeitslosigkeit, herborgerischen Mitternachtserwerbskasse und strengen Winter, ebenfalls nach schlechte Gewinnabnahme hinunter zu liegen hätte. Durch

Reichsgesetz müsse Schutz geschaffen werden. Die von unserem Verband veranlaßte Arbeitslosenstatistik müsse pünktlich und gewissenhaft geführt werden. Nach diesem wurde noch darauf hingewiesen, daß laut Polizeibevorchrift nach dem 1. Oktober die Baubuden mit heizbarem Ofen versehen sein müssen. Beschwerden sind bei Kreis- und die Baumentralkommissionen zu machen.

Am Mittwoch, den 8. Oktober, stand in Falkenstein eine öffentliche Maurer- und Zimmerer-Versammlung statt, zu welcher Kollegie Edelstein als Zwischen- als Referent erschienen war. Er hielt einen anderthalbstündigen Vortrag über die Organisationsbewegung, welche mit lebhaften Beifall aufgenommen wurde. Daraufwieder hatten sich die Baumeister Edelstein und Baumann von hier nebst drei Pfarrern eingefunden. Wie es sahen, wollten sie Standart provozieren, aber dieses ist ihnen gefolgt. Der Vertrauensmann Franz Strobel machte sie auf die parlamentarische Ordnung aufmerksam, worauf sie sich gewas mächtigten. Ferner wies der Vertrauensmann darauf hin, daß von den Maurern im Frühjahr eine Lohnforderung an die Meister geschickt worden war. Anstatt diese zu beantworten, reiste Baumeister Edelstein ins Wald. Als er nach dreiwöchentlicher Abwesenheit zurück kam, ließ er an öffentlichen Bauten Bettel angeschlagen, daß jeder Arbeiter pro Stunde 2 As weniger Lohn bekomme. Auch mit den sächsischen Einrichtungen ist es auf den Bauten des Herrn Stadtbauamtes überliefert. Ganzlich ließ er auf einem Grundstück drei Häuser aussäubern, stellte aber nur einen Abort, wo deren sechs nötig gewesen wären. Eine Beschwerde des Vertrauensmannes bei dem Stadtrath blieb erfolglos. Um 12 Uhr erfolgte Schluß der Versammlung, nachdem vorher noch die Geschäftigkeit der Baubuden, Rüstungen usw. besprochen worden waren.

ungen und der der Arbeit nötige Zeit ohne zu halten, um auf vielen Warten, jetzt es Sitz, dass die Barfüster die gesetzten Morgens einige Minuten früher und Abends einige Minuten später arbeiten lassen, wodurch sie die Kollegen belästigen. Nachdem er die Kollegen zur Einigkeit aufgefordert, schloss er die Versammlung mit einem dreisachen Hoch auf das Beben des Verbands.

In der Mitgliederversammlung der Bahnhof Hamburg am 27. September verlas der Vorsteher zunächst ein Schreiben, wonit der Organisationsrat der Väter, womit die organisierte Arbeiterschaft aufgefordert wird, die Väter in ihrem Kampfe mit dem Fädermeister Busch (Bürgergewebe) zu unterstützen. In dem Schreiben sind die Ursachen des Kampfes auseinander gelegt, und der Vorsteher erläutert die Mitglieder, die Väter in ihrem rechtlichen Kampfe zu unterstützen. Es wurden dann vom Vorsitzenden die Abrechnungen vom Sommerfest und vom Monat August verlesen. Die Einnahme vom Sommerfest betrug M. 318,14 und die Ausgabe M. 298,80, so daß ein Überschuss von M. 14,84 vorhanden ist. Die Einnahme und Ausgabe im Monat August für die Hauptklasse betrugen M. 318,90. Die Hauptklasse hatte eine Einnahme von M. 1058,98 und eine Ausgabe von M. 692,01; es bleibt ein Kassenbestand von M. 366,81. Kollege Stober berichtete hierauf über die Späre an der Lombardsbrücke. Nach dem Besuch der letzten Mitgliederversammlung habe die Späre verhangt werden müssen. Die nochmaligen Verhandlungen mit dem Unternehmer Kandler seien reißfertig verlaufen. Dies sei auch nicht anders zu erwarten gewesen, denn in wenigen Tagen hätte sich die Zahl der "Arbeitslosen" ganz beträchtlich vermehrt. Bevollmächtigt seien momentan 8 bis 10 Geheilten und 6 Beßlinge. Dem Club "Humanität" obliegt das "Verdienst", geholt zu haben, die Arbeitsstätte zu besetzen. Von Bau zu Bau sollen die Mitglieder des Clubs engagiert sein, um Maurer für Kinder anzuwerben. Sogar ehrbare Unternehmer sollen ihre Mitbildung darüber aussprochen haben. Der Club hat diesmal "treu und brav" seine Anzüglichkeiten betreten und Herrn Kandler aus der Patsche geholfen. Redner schloßerte dann zwei Fälle, die recht charakteristisch sind, für die Sympathie der Polizei für den Club "Humanität". In dem einen Falle hat ein "Unbekannter" das Mitgliedsverzeichnis der "Humanität" drucken und an einigen Bausstellen verbreiten lassen. Hierin habe die Behörde eine Verurteilung erklärt; man aber das Verfahren gegen Udelmann einleiten zu wollen, mußten erst die Mitglieder des Clubs sich beleidigt fühlen und hier müsse ein wenig nachgeholfen werden. Es soll auf Anrathen des kriminalbeamten Baumann eine Extratätigkeitsvereinigung der "humanitären" Männer einberufen werden, in der lebend Einzelnen es zu Wohl gemacht werden sei, ein von der Polizei gesetztes Formular zu unterbreiten; wer nicht unterschreibe, sei als Verächter zu betrachten! In Uebrigen genüge die Unterschrift, denn das Andere werde von Herrn Baumann besorgt. So sei es denn möglich gegeben, wegen des Delikts einen Massenkraunkasten gegen Udelmann zu stellen. In der Diskussion wurde über die Unterstützung der Streitenden recht lebhaft diskutirt. Ein Antrag des Kollegen Kürmer befragt, die Streitenden mit einer höheren als der statutarisch festgelegten Summe entschädigen. Kollege Baumann tritt wiederholt für die Unterstützung mit dem vollen städtischen Löhn ein. Nach längerer Debatte, an der eine große Anzahl Geheilten sich beteiligten, wurde schließlich ein Entschluß der Verwaltung angenommen, wonach die örtliche Verwaltung mit dem

suchen soll, die Sache zu erleben. Gernfalls eingen die Meinungen über die Wirkung der Spalte voneinander; dieselbe bleibt vorläufig bestehen. Wegen der vorsichtigen Zeit mussten die übrigen Parteien verzögert werden.

Die Zahlstelle Sachsen hielt am 27. September eine Mitgliederversammlung ab. Herr Laußdörfer aus Hamburg hielt einen Vortrag über den Kultus des Streitbrecherthums. Referent schilderte den besonderen Stand, der den Streitbrechern von Seiten der Verbände, den Gerüste zum Thalil werde. Außerdem sei es in England, wo Streitbrecher mit ihren Beleidigungsplägen und als Lohndrücker bezeichnet werden. Nebner teilte das Streitbrecherthum in vier Theile: 1. Solche, die gewerbsmäßig, dorthin reisen, wo ein Streit ausgebrochen, oder wo die Kollegen mit den Unternehmern in Differenzen stehen. Diese sind ferner auch meist minderwertige Kräfte. Mit ihnen habe man sehr zu rechnen, da sie meist aus solchen Orten kommen, wo schlechte Arbeitsverhältnisse und niedrige Löhne vorhanden seien. Auch lassen diese Leute sich sehr leicht verleiten, auf ihre Arbeitsbrüder, welche sie über die Lage ausspielen wollen, mit Messern, Meißeln usw. loszugehen. — 2. Die, welche aus Dummheit sich aus den Orten laden lassen, wo die Löhne niedriger sind. Diese Leute seien leichter aufzulösen. Auch habe man aus ihnen schon durch Aufklärung die besten Mitglieder der Organisation erzeugen. — 3. Diejenigen, welche aus Stolz und Selbstbewusstsein jeder Organisation fern bleiben. Diese Leute seien schwerer aufzulösen. — 4. Diejenigen, welche aus dem Streitbrecherdienste verüchten. Darum sei es auch Pflicht der Arbeiter, dafür zu sorgen, daß die Organisation so ausgebaut wird und daß die Stufen stets so gefüllt werden, daß eine genügende Unterstützungsumme vorhanden, damit bei schlechter Geschäftslage keine Not unter den Kollegen eintrete. Dann wird es so leicht nicht mehr zum Streit kommen. — Auf Antrag des Baumeister-Intendantenvereins auf Weisung zu einer neuen Fahne wurde beschlossen, zweimal Sammelstellen für die Mitglieder des Centralverbandes herauszugeben. Ferner wurde beschlossen, ein Herkunftsblatt zu führen. Dieses Arrangement wurde eine dreizehnjährige Kommission gewählt. Außerdem wurde das Münchner Hinsburg für die Dauer der Krankheit von den Beiträgen bereit. Kollege Kruse wünscht, daß die Kollegen das „Vollblatt“ mehr lesen und nur bei den Interessen des „Vollblatts“ kaufen.

Die Maurer von Herford und Umgegend rückten sich folgende Maßnung: Kollegen! Wenn man der öffentlichen Maurerversammlung, wie auch den drei letzten Mitgliederversammlungen beigewohnt hat, so hat man das Empfinden, als ob aus Erbitterung, weil der Streit verloren ging, nun die Organisation hierunter leiden sollte. Kollegen, wenn ich vom Gerüst falle und will dann aus Anger, weil das Gerüst ich nicht gegen das Fassen gehabt habe, nun unter dem Gerüst liegen bleiben, das würde mir noch Kopfschütteln ereignen. Und doch wollt Ihr das Gleiche tun! Weil wir in der Organisation nicht stark genug gewesen sind, um den Sieg zu erringen, deswegen nun die Organisation dafür verantwortlich machen, ist dasselbe, wie das Beispiel mit dem Gerüst. Jänner habe ich meine Pflicht nicht erfüllt, hier beim Gerüst und dort in der Organisation. Einen Kampf haben wir hinter uns; es war in Herford unter erster. Wenn wir auch nicht gewonnen haben, unsere Gegner haben doch gesiegt, daß wir zu kämpfen wissen. Dann haben wir doch auch aus diesem Kampf Mandate gelernt. Allerdings hat der Kampf auch manches Opfer gefordert. Ob wir aber diese Opfer nicht unter ungünstigen Konjunkturen auch ohne diesen Streit hätten bringen müssen, ist sehr, sehr wahrscheinlich. Kollegen, denkt doch nur mal an die Jahre 1894—95. Da es damals besser wurde, das verbannten wir doch nur der Centralorganisation und unserem Mitbürgern hielten. Und was glaubt Ihr, Kollegen, was eintrete, wenn Ihr lau werdet oder Euer Mitbürgern in der Organisation verweigert? Es wird noch schlechter werden und die wenige Kraft, die jetzt noch hier ist, wird uns verloren gehen, und damit wird für die Weiterbildung des Kampfes noch schwerer. Kommt in die Verhandlung! Hebt Euren und stärkt auch den Mut! Derer, die jetzt noch nicht zu uns gehören. Dadurch wird das Vereinsblatt wieder voll, wie sonst. Es soll im Laufe dieser Woche eine Haussitzung stattfinden, um alles das möglich zu sagen, was geschehen muß, damit unsere Lebenshaltung wie Arbeitsbedingungen nicht noch tiefer sinken. Dann muß auch die Lohnregelung eine andere werden. Kollegen! Weg mit dem Groß, die Hand gereicht, die Versammlungen wieder vollständig durchgeführt, mitarbeiten und thaten, damit die Scharfe wieder ausgeweitet werde. J. Ue.

In Thüringen tagte am 2. Oktober, Abends 8 Uhr, die regelmäßige Mitgliederversammlung. Dieselbe war nur schwach besucht. Dies hängt von der großen an Orte herziehenden Arbeitslosigkeit ab. Denn von den ca. 170 hiesigen Kollegen arbeitet ungefähr nur noch ein Viertel am Orte. Die anderen, meist verheirathete Kollegen, müssen sich in der Fremde herumzuschlagen, um dort ihr Brod zu verdienen. Über trostlos arbeiten hier noch immer verschiedene unverheirathete Kollegen, denen es nicht einfällt, fort zu gehen, dafür aber die Vereinsarbeiten ruhig abreihen lassen. Letzteres wurde von Kollegen Hildebrand besonders hervorgehoben und den Verheiratheten an's Herz gelegt, doch endlich ein Einsehen zu haben und den Verheiratheten das Feld zu räumen. Hier am Orte ist sehr wenig Arbeit, und werden deshalb die fremden Kollegen ermahnt, den Zugang von hier fern zu halten. Auf Antrag dieser Kollegen, die in Kiel und Böhmenfeld arbeiten, wurde beschlossen, am Sonntag, den 21. Oktober, eine Extra-Mitgliederversammlung abzuhalten. Sodann wurden zwei Debitoren, und ein Kartelldelegierter neu gewählt. Ferner wurde die Verwaltung beauftragt, zum nächsten Versammlung einen Referenten kommen zu lassen. Zum Schlusse entspann' sich noch eine Debatte über den Innungsmeister F. Wiedmann, der das Geschäft aufgab, und seine Lehrlinge einfach auf die Straße setzte. Es wurde dem Gesellenausschuß übergeben, für das Weiter zu sorgen. Hierauf Schlus um 9½ Uhr.

In Biegnitz fand am 4. Oktober im Gasthof „Zu den drei Bergen“ eine öffentliche Maurerversammlung statt. Kollege Horst-Dresden war, als Referent, erschienen; dieselbe gab seiner Befriedigung über den guten Verlauf der Versammlung Ausdruck. In seinem Vortrage über Zweck und Nutzen der Organisation schilderte Nebner zunächst die Organisationen der alten Zeit, die Veränderungen der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse, die sich immer mehr aufzulösende Gegenstöße zwischen Arbeitern und Unternehmern, und das hierin die gründende Ursache der modernen Arbeiterorganisation. Unsere Organisation, der Centralverband der Maurer, habe in den letzten Jahren eine bedeutende Ausbreitung erfahren, aber immerhin sei die Mehrzahl der Berufsgenossen sich des Zweckes

der Organisation noch nicht bewußt. Nebner schilderte sodann eingehend die Lebenshaltung der Arbeiter, insbesondere der Maurer und Bauarbeiter, die Mähen und Läufen, die sie unter Erziehung von Missständen aller Art auf sich nehmen müssten. Um die traurige Lage der Arbeiter zu heben, kann den besten Anteil an den Errungenschaften der Arbeit zu sichern, dazu seien die Organisationen geholfen. Darum sei es auch Pflicht aller Arbeiter, sich erstmals ihren gewerkschaftlichen Organisationen anzuschließen, darüber hinaus sich aber auch nach Kräften politisch für die Befreiung der Arbeiterschaft zu behaupten. — Ein in diesen Zeiten geholste Resolution wurde angenommen. Mit einem dreimaligen Hoch auf den Centralverband der Maurer Deutschlands wurde die Versammlung geschlossen.

In Neustadt tagte am 5. Oktober im Saale des Herrn Steinmüller eine öffentliche Bauhandwerkerversammlung. Kollege Schauer-Schell, referierte über den Zweck und Nutzen der Organisation, in dessen Bericht er auch die Wirkung des Minimallohnes darlegte und die Arbeitsarbeit berührte. Genosse Groß-Mostog schloß sich dem Vorredner an und legte es der Versammlung an's Herz, täglich für die Organisation zu streben. Weiter führte Nebner den Anwendungs den Mecklenburger Landshutwesen vor Augen und forderte zum Schlusse auf, sehr thätig für die Verbreitung der Arbeiterpresse — hier in Stralsund für die „Mecklenburgische Volkszeitung“ — zu wirken. Diese Ausführungen wurden gleich denen des Kollegen Schauer mit Beifall aufgenommen.

In Regensburg tagte am 2. Oktober im Verbandslokal,

Thomasteller am Nötinger, eine Mitgliederversammlung,

welche trotz des Ausstreichens im Regensburger „Auszug“ sehr

schönlich behaupt wurde. Kollege Meyer-Lünenburg berichtete, daß es für die arbeitslosen Kollegen höchst notwendig gewesen wäre, zu erfreuen, bei den übrigen Kollegen herzlich ebenfalls

eine große Freude im Versammlungsbesuch.

Meyer ermunterte die Kollegen zu festem Zusammenhalten innerhalb der Organisation in Regensburg. Sieben Kollegen meldeten sich zur Aufnahme. Meyer referierte noch über: „Die Lage der Maurer im Allgemeinen“, woran sich eine Diskussion anschloß. Hierauf schloß der Bevollmächtigte die Versammlung.

Am 29. September tagte in Sagun in Fisscher's Hof, Aboerstraße, eine Versammlung der Maurer, in welcher Kollege Skupke-Görtsch einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag hielt.

Er erörterte zunächst, wie notwendig eine kräftige Organisation sei, um die dieselbe wirtschaftlich Vortheile bringe und daß über

haupt ohne Organisation nichts erreicht werden kann. Nebner behauptet, daß im Baugewerbe selbst der Unternehmer recht

hohe Lederhälse erzielt werden. Nun würde behauptet, daß die

Löhne in den letzten Jahren enorm gestiegen seien, aber man

vergebe dabei, daß es alle Lebensmittel und Verbrauchsartikel

immer mehr verteuert würden, wodurch wir bei der nur sehr

geringen Lohnanhebung trocken immer noch schlechter da-

ständen als unsere Vorfahren. Denn die enormen Steuern, welche gerade auf die Gewerbsartikel des Arbeiters gelegt

würden, überwiegen den Mehrbedarf, welchen sich die Maurer

bis jetzt errungen hätten, ganz bedenklich. Schon wir

uns einmal die Sache bei Nähe an, so wird es uns

begreiflich werden, wo das Kapital beim Unternehmer

versteckt ist; es ist dies der den Arbeitern entzogene Arbeits-

dienst. Und weil wir dieses wissen, so kann es garnicht

anders sein, als daß wir bestrebt sind, unseren Lohn ganz be-

deutend zu erhöhen. Abgesehen von den vielen Regen- und

solangen Aufsetzungen, der Arbeitslosigkeit im Winter, stellt sich

der Lohn eines Maurers meistens noch niedriger, als der eines

anderen Industriearbeiters. Die Organisation halb ja entsprechend

gute Fortschritte gemacht und nur an uns selbst liegt es, das

nachzuhören, was unsere Vorfahren verlaut haben. Es gibt

noch viele Kollegen, welche misch zusehen und sich nicht bewußt

werden, wo sie hingehen, sie sagen einfach, es mügt, ist doch

nichts und erringen die Anderen was, dann bekommen wir es

doch auch. Dies ist ganz vermeidlich, Kollegen, um mittel von

Dienst, welche schon wissen, was die Organisation für

Zweck und Nutzen hat. Warum organisieren sich die Unternehmer?

Weil sie die Macht erkennen, die ein geschlossenes Ganzes bildet.

Sie können die Löhne reduzieren, weil sie sich eingesindet. Und

gerade deshalb darf kein Kollege zurückweichen. Er muß hinein

in die Organisation! Denn ohne diese geht es keinen Fort-

schritt. Dies sind wir nicht blos uns, sondern unseren Kindern

schuldig. Beherrigt immer wieder die Worte: „Vereinzelt sind

wir Nichts, vereint Alles.“

Die Zahlstelle Schleswig hielt am 2. Oktober ihre Mitgliederversammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Andenken des verstorbenen Kollegen W. Götz von den Anwesenden durch Erheben von den Plätzen gekehrt. Der Büchstofle wurden die beiden Bücher: „Geschichte der deutschen Maurerbewegung“ und „Die statütigen Nachweisen über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Maurer“ einverlebt. Sodann berichtete Kollege Grobendorf über die „Grundstein“-Vorbereitung und das Einnahmen der Beiträge. Bekannt wurde, daß die Kollegen, die infolge des Bauarbeiterstreiks dem Verbande abtratn wurden, jowei sie nicht direkt gegen den Versammlungs- beitrag gehandelt haben, wieder aufgenommen werden können.

Am Sonntag, den 7. Oktober, fand die regelmäßige Mit-

gliederversammlung der Zahlstelle Schleswig statt. Im ersten

Punkt der Tagesordnung wurden die Kollegen vom Vorsitzenden

ermächtigt, die Beiträge pflichtmäßig zu zahlen und nicht zu säumen

zu sein, denn es giinge zum Letzten; es wäre besser, die Beiträge

für den letzten Monat im Vorraus zu zahlen, weil jetzt noch

Feder in Arbeit steht und nächst folglich arbeitslos ist.

Unter „Vereidigung“ wurde auf Antrag des Kollegen Grönberg

das Stiftungsfest am 10. November zu feiern.

Kollegen, die Fremde einführen, haben für sie § 1 zu entrichten.

Fremde Kollegen haben freien Tanz, müssen sich aber legitimieren können. Die Lehrlinge haben von 10 Uhr ab freien Eintritt

und Tanz.

Bur Stärkung der wieder neu geprägten Zahlstelle Ulm

fanden, daßselbst, somit in den umliegenden Buhl und Söllingen

öffentliche Maurerversammlungen statt, in denen Kollege Götz

aus Stuttgart über: „Der Kampf der deutschen Maurer mit dem

Unternehmertum“ referierte. Er führte den Kollegen ihre er-

bärmlichen Lebensverhältnisse vor Augen, die es nicht einmal

ermöglichten, dem eigenen Körper die Kräfte zuzuführen, die durch

die schwere und aufreibende Arbeit des Bauhandwerkers ver-

braucht werden, ganz zu schwören von der Erziehung der

Familie, von der Thethnahe an allem Guten und Schönem,

das heute der Menschheit zur Verfügung steht. Die Ulmer

Kollegen seien recht froh, wenn es noch reiche einen Bachtell-

lässe oder eine schwarze Wurst zu kaufen. „Wer nicht arbeiten

will, der soll auch nicht essen“, hieß es früher, heute ist es um-

gelehrte. Wer nicht arbeitet, der weiß nicht, wie er das Geld be- preissen soll, und wer recht stolz und angestrengt vom frühen Morgen bis zum späten Abend arbeitet, der hat nicht einmal ordentlich und genugend zu essen. Nebner kam weiter,

auf die Frage des Bauarbeiter schutzes zu sprechen. In Ulm sei auch das Geringste zu entdecken, um das Leben und die Gesundheit des Arbeiters zu föhren. Nicht einmal ausständige Aborte haben die Bauarbeiter (Allgemeine Zustimmung). Und so wie hier sei es in ganz Deutschland, mit Ausnahme der

Orte, wo die Kollegen das Unternehmertum gewünscht haben,

die größten Missstände zu befreien. Das Unternehmertum im Baugewerbe ist das schärfste in Deutschland, obwohl auch die Unternehmer anderer Branchen durchaus nicht an Nebner's Arbeitern gegenüber seien. Während aber andere Unternehmer

die Missstände befreien, die sie selber als solche erkennen, und die Missstände und Forderungen der Arbeiter wenigstens wissen, muß im Baugewerbe auch die befeindete Forderung auf Verhinderung durchgedrückt werden. Wir haben noch Gelegenheit, wo unsere Kollegen nur reines, frisches Fleisch zum Radlager fördern müssen. Keine Minute Arbeitszeitverluste, keinen Penny Lohnherabsetzung geben die Unternehmer ohne ge- nügenden Nachdruck der Arbeiter. Im Gegenteil, die Haltung des deut-schen Arbeiterverbandes für das Baugewerbe zeigt uns, daß man gewillt ist, durch brutale Unterdrückung unserer Organisation Blöße und Frieden im Baugewerbe herzustellen. Unter solchen Umständen sei es kein Wunder, wenn der Maurer- verband sich fortwährend im ersten Kampfe mit den Unternehmen befindet. Das würde erst besser werden, wenn sämmtliche Kollegen, auch die Ausländer mitgerechnet, sich den 90 000 bereits kämpfenden Brüdern anschließen und so durch die Macht des Verbandes die Unternehmer zwingen, von Organisation zu Organisation zu verhandeln und gemeinsam die Lohn- und Arbeitsbedingungen festzulegen. Weicher Weißs sollte diesen Ausführungen in allen drei Versammlungen. In Ulm und Söllingen ließen sich auch etwa ein Dutzend Kollegen aufnehmen, während die Kollegen in Buhl infolge peripherischer Weiberreien noch zurückhaltend blieben. Es könnte nichts schaden, wenn reisende Verbandsmitglieder sich möglichst lange in Ulm halten würden, durch das Falten der Festigungswerte ist dort ziemlich viel Arbeit vorhanden.

In der am 9. Oktober tagenden Mitgliederversammlung der Zahlstelle Wandsbek stand die Frage des Anfangs des Vereins- und Gewerbeverbundes zur Debatte. Der Vorsitzende führte hierzu folgendes aus: Der heutige Inhaber des Gewerbeverbundes will dieses verkaufen und hat der organisierten Arbeiterschaft das Vorlaufsrecht gelassen. Daraufhin ist die Kartellkommission der Sache näher getreten. Die erste Abstimmung der Kommission, die heutige Versammlung, und die anliegenden Grundstücke anzufordern und dann ein Bedürfnis der hiesigen Arbeiterschaft genügendes Gewerbehaus zu bauen, mußte aufgegeben werden, da nicht genügend Geld aufzubringen waren.

In der letzten Kartellsitzung ist die Sache gründlich erörtert worden und dann beschlossen, eine Urabstimmung darüber

festzustellen, ob das heutige Vereinshaus abgelöst werden soll. In der Abstimmung erklärte sich die große Mehrzahl der Hörer entschieden gegen den Anfangsbaus, mit der Begründung, daß dafür kein Bedürfnis vorliege und auch die Lage des Grundstückes keine passende sei. Auch wurde in der Diskussion gestadelt, daß die Kommission nicht schon längst mit dem Ausbau fertig sei, obwohl die Sache nicht gleich auf die Öffentlichkeit getreten sei. Nachdem der Vorsitzende die Kartellsitzung aufgelöst hatte, wurde eine Abstimmung der Vereinshaus und die anliegenden Grundstücke gewählt, welche die Urabstimmung zu leiten hat. Der Vorsitzende gab bekannt, daß im November wieder zwei Vorträge des Herrn Wenne stattfinden, welche vom Gewerbeverbund, Kartell, arrangiert werden. Es werden die Kollegen erzählt, daß zahlreich daran zu beteiligen sind. Zwei Kollegen, welche frank und wuscheln, daß ihnen der „Grundstein“ frei zugeändert werde. Dieses wird ihnen von der Versammlung gewährt. Sodann gibt der Vorsitzende bekannt, daß die Doktorfrage in der Versammlung gewährt wird. Am 15. Oktober entscheidet sich die Abstimmung der Versammlung, ob die Abstimmung der Gewerbeverbundes, welche die Doktorfrage gewählt, wieder aufgenommen werden kann. Die zur Regelung der Fensterfrage gewählte Kommission, welche gemeinschaftlich mit den Kommissionen der Löper und Maler zu tagen hatte, eröffnete die Fenster über ihre bisherige Thätigkeit. Der Maler der Stadt Leipzig wurde in einer Eingabe um Entlastung weigender Schlußbestimmungen erzählt, als die vorjährige Verordnung vorliegt. Die Klausur in dieser Verordnung, welche gegen den schädigenden Aufzug während der kalten Jahreszeit als Minimum den Verhältnis der beiden Fensterseite zugekehrt, hat die Kollegen der Töpfer und Maler zu tagen.

Die zur Regelung der Fensterfrage gewählte Kommission, welche gemeinschaftlich mit den Kommissionen der Löper und Maler zu tagen

hatte, eröffnete die Fenster über ihre bisherige Thätigkeit. Der Maler der Stadt Leipzig wurde in einer Eingabe um Entlastung

weigender Schlußbestimmungen erzählt, als die vorjährige Verordnung vorliegt. Die Klausur in dieser Verordnung, welche gegen den schädigenden Aufzug während der kalten Jahreszeit als Minimum den Verhältnis der beiden Fensterseite zugekehrt, hat die Kollegen der Töpfer und Maler zu tagen.

Die Diskussion drehte sich um die drei Fragen, soll der einzelne Raum, in welchem gearbeitet wird, die ganze Etagen oder der ganze Bau verschlossen sein. Folgender Antrag wurde an-

genommen: „Die heutige öffentliche Versammlung beschließt, vom

15. Oktober 1900 ab-nun in solchen Räumen zu arbeiten, welche vor Zugluft absolut geschützt sind. Einige weitere Anträge, sowie der Rest der Tagesordnung konnten nicht erledigt werden, da die eintretende Polizeizustellung der Versammlung einen Ende machte.

Mannheim. Am Sonntag, den 7. Oktober, fand in dem

Vereinslokal „Schneidersbuden“ eine öffentliche Versammlung der Cipier und Stofftäte statt, in der Kollege Odenthal aus Köln

referierte. Als Thema war gestellt: „Wie ist es dem Arbeiter

möglich, seine Lage zu verbessern? Nebner erläuterte in einem einflussreichen Vortrage die Lage des Arbeiters in der heutigen kapitalistischen Gesellschaft und stellte fest, daß es nur durch die Einigung der wirtschaftlichen und politischen Macht möglich sei, eine Verbesserung der Lage der Arbeiter zu erzielen. Die Versammlung, welche von 60—70 Kollegen besucht war, nahm einstimmig folgende Resolution an: „Die Versammlung der Stuttgarter und Cölnischen ist mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und verspricht, mit der größten Energie für die Ausbreitung des Verbandes Sorge zu tragen.“

**Bösdam.** Unseren Streit haben wir aufzuhören müssen, ohne etwas von unseren Forderungen erreicht zu haben. Zu einer Zeit, die wir als günstig erachten, werden wir jedoch von Neuem unsere Forderungen stellen und, wenn es sein muß, auch den Kampf wieder aufnehmen. Die Kollegen vom örtlichen Arbeiterverein haben in unserem Streit eine recht lästige Rolle gespielt. Im Verein mit Südborlenern und Lehnsteigern haben sie fast alle Arbeiten fertig gestellt und sich dadurch als „Arbeitswillige“ schlimmster Sorte gezeigt. Es kann hinzugefügt werden, daß durch viele unserer Kollegen arbeitslos wurden, und um diesen Kollegengen nicht Gelegenheit zu geben, Streikbrecher zu werden, mußte der Kampf beendet werden.

### Literarisches.

Die Nr. 21 des „L'Operaio Italiano“, welche mit Nr. 42 des „Grundstein“ zum Verband kommt, hat folgenden Inhalt: Ich sorge für meine Interessen. — Die falschen Untersuchungen. — Die Weisheit eines Erzbürgers. — Ein ganzes Dorf in Konstanz wegen der Steuern. — Nur für die Weichen. — Die Arbeiterorganisationen und die Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiter. — Ein Gesetzentwurf, betreffend die Frauen- und Kinderarbeiter in Italien. — Das Werk und der Stiel. (Sie schwersten und mittleren Arbeiten werden immer am schlechtesten bezahlt). — Ein neues Verbrechen der Polizei in Italien. — Lohn- und Streikbewegung. — Unglücksfälle auf Booten. — Berücksichtigtes vom See und Auslande.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dieck's Verlag) ist soeben das Heft 1 des 19. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalte haben wir hervor: Chinapolitik und Schmarotz. — Ein Brief Paulin's an Marx. — Die Aussichten des Arbeitsmarktes. Von A. Rautius. — Die englischen Wagnen. Von Jacob Brodke. — vagabunden. Von D. Bach. — Berliner Theater. — Literaturklub Nürnberg: Hans Lubau, Johann Gottlieb Fichte und der moderne Sozialismus. Jeanne Marin, Süße Erinnerungen; Pariser Droschen. — Notizen: Die Weltproduktion von Gold. — Freileben: Sprache und Königshum. Von Dr. W. Deudenberger.

Im Verlage von F. H. W. Dieck Nachf. sind soeben zur Ausgabe gelangt Heft 2 und 3 des reich illustrierten Werkes „Das hungrige Russland“. Reiseerindrücke, Beobachtungen und Untersuchungen von Dr. C. C. Lehmann und Barthol. Aus dem Inhalte geben wir nachstehend einige Kapitelüberschriften: Petersburg und Moskau. — Auf einer russischen Eisenbahn. — Unsere erste Wolgafährt. (Von Nizhni-Novgorod bis Kasan.) — Die Universitätsstadt Kasan. — Eine Reise in die hungrigenen Ostan. — Beobachtungen und Gespräche.

Neben der bereits komplett vorliegenden Ausgabe, welche broschiert M. 6, gebunden M. 7,50 kostet, erscheint das Werk auch in 16 Heften à 40.-

Sämtliche Buchhandlungen und Kioskopreise nehmen Bestellungen entgegen.

Im Verlage von F. H. W. Dieck Nachf. sind soeben erschienen Heft 9 und 10 des Lieferungsvertrages: Gesundheitsschutz in Staat, Gemeinde und Familie, herausgegeben unter Mitwirkung von Aerzten und Fachgelehrten von Emanuel Wurm. Aus dem Inhalte haben wir hervor: Die Almung. — Stimme und Sprache. — Seelen und Muskeln. — Die Muskel- und Blutspiele (Gymnastik und Massagé). — Außerdem enthält Heft 10 eine Doppelseite, auf welcher die Zimmerschule (nach Schreber) durch 23 Abbildungen veranschaulicht wird.

Das Werk wird in Lieferungen von je 82 Seiten à 20.- erscheinen und in 25 Heften komplett vorliegen. Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen und Kioskopreise entgegen. Alle 14 Tage erscheint ein Heft.

### Briefposten.

Mainz, B. oder B.? Ihren Brief haben wir der Redaktion der italienischen Zeitung übermittelt. Weiter können wir nichts dazu. Wir sind aber der Überzeugung, daß berichtete italienische Kollegen sehr gern aufgenommen werden, wenn sie dem Zweck des Blattes entsprechen.

**Schweinfurt.** Den Preis können Sie sich selber berechnen. Die Zeile kostet 15.- Die Annoncen-Meldungen von Nr. 40 an werden erst am Schluß des Quartals versendet.

**Regensburg, D.** Die Versammlungsanzeige kam für die Nr. 25 zu spät.

**München (Stutt).** Bericht ist ohne Unterschrift und Stempel eingegangen. Der Einsender wird ersucht, sich zu melden.

### Zentral-Krankenfasse.

der Maurer, Cöpfer (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“ (v. H. Nr. 7).

Für der Woche vom 7. bis 13. Oktober sind folgende Verträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Siegen M. 1000, Menzel 500, Schildknecht 400, Nienhönen 200, Lohmeyer 200, Lohmeyer (Wart) 200, Cöpenick 200, Hamburg 200, Höhen-Neuendorf 200, Erkner 190,50, Gorgatz 180, Teterow 150, Pernitz 150, Niederschlesien 150, Lehnsteig 140, Alt-Damm 150, Wiesbaden 124,75, Neufalen 105,55, Görlitz 100, Schindel 100, Bahna 97,25, Reinke 85,55, Hamm i. Westf. 75,35, Eggesin 71,74, Wittenberge 68,35, Flensburg 60, Güstrow 88,12, Summa M. 5122,28.

Buchf. erhalten: Dortmund M. 200, Siegburg 180, Johannishof 50, Lahnf. 25. Summe M. 455.

Altona, den 13. Oktober 1900.

Karl Reiss, Hauptkassier, Friedrichsstraße 28.

### Quittung

über die bei der Unterzeichnung im Monat September eingegangenen Gelder.

#### Für Annonen:

Wolmershausen M. 3,25, Schmölln 9,60, Schmölln (Seidel) 2,65, Altenburg 2,30, Worms 1,20, Blankenfelde 1,15, Kreuznach 2,00, Oberholz 2,40, Berlin (W. 5) 2,95, Kreuznach 2,00, Waldfest 4,50, Steinach 0,20, Spanbau 0,20, Burg 0,20, Schönbach 4,15.

#### Die Expedition des „Grundstein“.

### Zentral-Verband der Maurer und verw. Berufsgenossen Deutschlands.

Sitz Hamburg.

### Bekanntmachung.

#### Statistik über Arbeitslosigkeit.

Eine große Anzahl von Bahnstellen hat bisher die Einsendung der Karten zur Feststellung der Arbeitslosigkeit im Monat August unterlassen. Wir ersuchen dringend um die sofortige Einsendung.

Ausgenommen von der Bahnleitung an den Verbandsvorstand sind die Bahnstellen der Provinz Brandenburg. Diese haben die Bücher und den Fragebogen an die Agitationskommission in Berlin, Adresse: Carl Panzer, Berlin SO, Engelser 15, Zimmer 23, einzuladen.

Die Einsendung der Karten kann unter Strafzettel erfolgen, wenn es nicht über 180 sind. Das Porto beträgt:

1—8 Stück	3,-
9—16	5,-
17—42	10,-
43—85	20,-
86—180	80,-

Über 180 müssen als Paket ausgegeben werden.

### Die Abrechnung

nebst dem der Hauptkasse gehörenden Gelde sollte bis zum 15. d. M. an den Kassier J. Köster, Bremerstr. 11, 1. Et., eingesandt sein. Leider ist auch dieses von einem großen Theil Bahnstellen unterblieben. Für diejenigen Bahnstellen, die bis zum Schluß des Monats nicht abgerechnet haben, muss § 87 des Statuts in Anwendung kommen. Die Beiträge für die „Geschichte der deutschen Maurerbewegung“, die Broschüre „Augsburger Kravallprozeß“ und die Statistik der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Maurer Deutschlands sind ebenfalls umgehend einzusenden.

### Zur Beachtung für die örtlichen Verwaltungen.

Da der Vorstand genehmigt ist, mit Beginn des nächsten Monats ein neues Bahnstellen- und Abreisenverzeichnis anzufertigen zu lassen, ersuchen wir, alle bis dahin vorliegenden Veränderungen der Adressen uns sofort mittheilen zu wollen.

In der Hauptkasse sind die Adressen der Bevollmächtigten wie Kassier und für die größeren Bahnstellen die Verfehlskosten anzugeben.

Veränderungen, die nicht bis zum Montag, den 21. b. M., in unseren Händen sind, können in dem gedruckten Verzeichnis keine Veröffentlichung finden.

### Vom Vorstande bestätigt

sind die neu gewählten Verwaltungsbeamten der Bahnstellen: Laubroden, Nowrażew, Klausenthal, Bellerfeld, Großbrettingen, Gr. Salze, Schneidemühl, Graudenz, Spandau, Bremerhaven, Mölzen, Friedberg, Gr. Woden, Borkum.

### Ausgeschlossen

wurden auf Grund § 16a resp. b des Statuts von der Bahnstelle Grünberg - Nitschenberg: Johann Hollstreiter (Buch-Nr. 115 024), Karl Röhl (Buch-Nr. 115 040); Münzenberg: Hans Knab (Buch-Nr. 014 510); Meuselwitz: C. Weizsäcker (Buch-Nr. 88 868); Hirschfelde: Johann Lüthje (Buch-Nr. 117 749); Glauchau: Heinrich Kühl (Buch-Nr. 95 609); Mühlberg bei Dieburg: Georg Michel Nostrop (Buch-Nr. 90 128), Georg Michel (Buch-Nr. 20 285), Georg Bauer (Buch-Nr. 20 380), Georg Michel Sandbeck (Buch-Nr. 048 819), Georg Alois Hedwolff (Buch-Nr. 90 121).

Die wegen rücksichtiger Beiträge gestrichenen Mitglieder werden unter dieser Rubrik nicht veröffentlicht.

### Als verloren gemeldet

sind die Mitgliedsbücher der Kollegen: C. Werner (Buch-Nr. 058 088), Friedrich Bensch (Buch-Nr. 80 770), Herm. Lübbig (Buch-Nr. 036 924), Wilhelm Pöpold (Buch-Nr. 058 086). Dieselben werden hiermit für ungültig erklärt.

### Zur Beachtung.

Die Bahnstelle Hermsdorf erfuhr den Maurer Gustav Weiß (Buch-Nr. 10 788), seinen Verpflichtungen nachzukommen.

### Der Vorstand.

J. A.: J. Efftinge, 2. Vorsitzender.

In der Zeit vom 9. bis 15. Oktober 1900 sind folgende Beiträge bei mir eingegangen:

### Hauptkasse.

Von der örtlichen Verwaltung: Hall a. d. S. M. 851,40, Friedberg 551,82, Geschwister 505, Bremen 422,20, Gr. Lößnitzfelde 889,43, Sommerfeld 240, Gransee 204,20, Bochum 201,60,

Naumburg 200, Lindau 166,08, Marsberg 160, Senftenberg 111,20, Garz a. d. Oder 140,40, Mühlensee 131,25, Bützendorf 126,80, Trebbin 115,48, Nowrażew 112,80, Teterow 112,35, Nei-Langsdorf 104,80, Schweinitz 102,20, Peitzerwitz 101,55, Ohrau 82,28, Sagan 71,20, Ribbeck 71,32, Briesen in Brandenburg a. d. S. 450,40, Tegele 69,85, Neisse 68,70, Frauenstein 62, Eilenburg 60,20, Berlin 56, Weißensee 54,45, Freiburg 45,60, Dieheim 26, Malchow 17,70, Bösen 287,88, Bözen 213,16, Brieg i. Schles. 207, Oschatz 193,20, Neudamm 187,60, Biegitz 136,59, Bünzlau 181,20, Schmölln 121,60, Gr. Biegenort 108,64, Helmstedt 92,97, Bremzau 80,80, Grob - Behringen 24,10, Teideburg i. Schlesien 21,20, Brandenburg a. d. S. 450,40, Köpenick 401,20, Bremerhaven 397,75, Dresden 87,76, Barth 235,24, Gifhorn 183,08, Groß 175, Gubin 169,55, Osterode a. Harz 154,16, Erzhausen 147,20, Mühlberg 126,60, Wannsee 110,60, Detmold 85,57, Nord 79,52, Aken 71,60, Hameln 62,48, Friede 46, Darmstadt 44,87, Leuba a. Elster 37,92, Gr. Leutzsch 37,80, Ohlstedt 35, Neuenhagen 34,20, Ruhla 32,64, Quedlinburg 25,49, Magdeburg 144,05, Frankfurt a. Main 774,49, Friedberg 144,05, Erfurt 178,76, Commerau 177,65, Gotha 394,36, Schwarzenbach 181,40, Langenselbold 158,25, Niederdöbeln 146,90, Waren i. Medz. 121,36, Hemelingen 114,20, Stettin 110,80, Nippes i. Medz. 152,87, Süppensteg 5, Röhr 43,38, Lauenburg 92,20, Egelsbach 279, Stargard i. P. 77,68, Aue 74,80, Schleiden 71,20, Lüben 73,60, Penzlin 62,40, Cunnersdorf 110,80, Nippes i. Medz. 152,87, Schleiden 55,68, Börnecke 52,88, Leer 51,45, Gräfenhain 50,20, Baruth 47,80, Bräse i. Olb. 46,80, Blaue a. b. Havel 45,50, Garz a. Elster 42,40, Bab. Orb. 41,44, Freiberg 27,76, Meininger 21,20, Bernau 5, Börnecke 214,04, Grimmen 8, Tiefenbach 129,76, Perleberg 59,84, Trebnimünde 57,60, Friedeberg i. Gr. Neumark 48,96, Bölkow 26,45, Goldberg 23,12, Kappeln 4,64, Hannover 424,40, Rosen 310,48, Behrendt 64,88, Hörde i. B. 239,80, Pommerania 146,65, Burg i. Magd. 200,80, Nordhausen a. S. 164,80, Weizsäcker 146,65, Burg i. Magd. 120,40, Alt-Mühle 114,96, Seddin 103,80, Tierschau 11,20, Greifswald 103,76, Greifswald 98,76, Ebersdorf 68,60, Wartnitz 61,85, Freiburg i. Br. 60,30, Bösen a. d. O. 55,80, Frankenhausen 141,76, Ludwigslust 61,64, Hirschfelde 64,74, Borsig 20,96, Cammin i. Pom. 17,92, Mannheim 644,40, Bromberg 398,35, Garsen 24,65, Oppeln 222,20, Lübeck 159,12, Brandenburg 101,90, Lüderitz 103,76, Greifswald 98,76, Tiefenbach 24,65, Greifswald 121,76, Gera 639,20, Gießen 593,46, Lübeck 287,89, Grimmen 472,15, Hörst in der Lüne 345,68, Greifswald 339,20, Salzwedel 312,20, Ebersdorf 310,30, Hohenfelde 299,50, Markranstädt 296,60, Wittenau 296,40, Bremen 295,50, Wittenberghof 201,60, Riel 201,20, Varleben 184, Herne i. B. 131, Arnsdorf 118,92, Apolda 118,24, Striegau 106,85, Königsstuter 100,40, Ehrt 100, Jessen 95,60, Wahlwinkel 91,04, Bornhöved 84,08, Eisleben 88,70, Mittenwalde 76, Gr. Leutzsch 61,92, Söder 63,72, Neubrandenburg 53,82, Schwarzenberg 53, Salzböckum 41,60, Falkenstein i. Vogtl. 37,28, Dörschen 36,35, Altfries 30,44, Glogau 26,67, Mamerow 24,99, Dörschen 31,45, Brück i. d. Marz 92, Slatkow 48,40, Kraßow i. Medz. 24,50.

### Streikfonds.

Gelle M. 56,40, Freihahn 26,08, Sommerfeld 120, Gransee 79,86, Wittenau 153,12, Naumburg 100, Lindau 26,50, Markgraf 20,20, Sennenhof 53,26, Garz a. b. Oder 181,75, Mühlensee 70,80, Nowrażew 29,76, Teterow 28,98, Peitzerwitz 1,95, Ohrau 34,88, Sagan 18,70, Briesen i. Brand. 31,36, Neisse 3,84, Frauenstein 15, Eilenburg 28,80, Berlin 18,60, Steinberg 4,65, Biesbaden und Umgebung 500, Bösen 116,55, Greif 91,92, Osnabrück 104,25, Neudamm 236,24, Biegitz 11,28, Sagan 77,48, Gr. Biegenort 70,95, Schleidenwald i. Pommeria 41,20, Bremzau 39, Weimar 25,76, Culmsee 3,40, Blankenfelde 23, Großbretzien 20,28, Düsseldorf 61,44, Bözen 116,24, Gifhorn 8,66, Großfür 39,68, Gifhorn 3,60, Mührohr 34,24, Wannsee 140, Gifhorn 19,80, Detmold 2,72, Norden 22,80, Aken 2,40, Hameln 6,08, Gr. Kreuz 5,40, Neuenhagen 30,24, Mühlau 11,60, Quedlinburg 14,48, Lübeck 300, Steinberg 110,60, Magdeburg 942,40, Riel 198,40, Stellingen 100, Bitterfeld 110,60, Tiefenbach 110,56, Rambach 35,70, Niederdöbeln 98,80, Waren i. M. 28,32, Hemelingen 51,44, Friedland 48,36, Lautenburg 46,40, Stargard i. Pom. 58,68, Aue 8,88, Bözen 2,60, Neuenhagen 2,60, Bremzau 10,80, Neudamm 10,04, Tiefenbach 14,48, Steppen 48,60, München 134,48, Schwedt 69,04, Tiefenbach 109,88, Söder 35,28, Kult 11,84, Friedberg in Schlesien 17,28, Böle i. Rheinland 29,28, Lüdenscheid 7,38, Gommern 634,76, Nowrażew 91,50, Gotha 198,20, Schwarzenbach 204,89, Landsberg a. d. Warthe 100, Stendal 74,72, Gorgatz 15,28, Neuhausen 123,04, Wohlde 37,72, Schleiden 50, Tiefenbach 47,92, Bösen i. Medz. 6,82, Wriezen 18,20, Norden 27,20, Wanne 17, Bremzau 9,28, Mühlau 49,20, Bungsfeld 4,16, Parchim 7,76, Leer 2,40, Bargteheide 5,50, Bräse i. Olb. 1,80, Garz a. Elster 19,80, Feldberg 8,48, Börnecke 82,24, Tiefenbach 22,88, Friedberg 22,88, Bösen 22,80, Goldberg i. Schles. 46,26, Bölkow 165,98, Cöllnisch-Udermark 68,88, Pöten 100,48, Garz i. B. 113,12, Nordhausen-Harz 106,40, Burg 5, Magd. 255,76, Alt-Mühle 48,80, Seddin 34,60, Greifswald 18,24, Ebersdorf 46,80, Wartnitz 10,40, Tiefenbach 18,80, Freiburg i. Br. 8,48, Greif a. b. O. 20, Frankenhausen am Stiftshof 6,49, Ludwigslust 22, Bremzau 380,10, Garsen

